

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 48.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 30. November 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilarbeiterband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der außerordentliche Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen.

Noch sind die guten Eindrücke der Dresdener Tagung der christlichen Gewerkschaften nicht erloschen; noch beschäftigt sich die Presse mit dieser bedeutungsvollen Kundgebung — und schon wurden die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erneut zu einem Kongresse zusammengerufen. Ein außerordentlicher Kongreß der christlichen Gewerkschaften fand am Dienstag, 26. Nov., im städtischen Saalbau in Essen unter ungewöhnlich starker Beteiligung statt.

Veranlassung zu dieser außerordentlich bedeutsamen und wichtigen Tagung haben Vorgänge der letzten Wochen gegeben. Anfangs November haben die deutschen Bischöfe die schon lange vorher angekündigt gewesene Enzyklika des Papstes über den Gewerkschaftstreit im katholischen Lager veröffentlicht. Dadurch wurde eine Situation geschaffen, die die christlichen Gewerkschaften zu einer entschiedenen und unzweideutigen Erklärung zwang, wenn sie nicht wesentlich Schaden leiden wollten.

Die päpstliche Enzyklika wendet sich an die Katholiken und speziell an die katholischen Arbeiter Deutschlands. Sie richtet sich nicht direkt an die christlichen Gewerkschaften. Darum kann man auch die Meinung vertreten, daß diese sich mit der Enzyklika gar nicht zu beschäftigen hätten. Es sei Sache der katholischen Arbeiter und speziell soweit sie den christlichen Gewerkschaften angehören, sich mit dem päpstlichen Schreiben und den darin ausgesprochenen Wünschen und Forderungen auseinanderzusetzen. Der Standpunkt ist an sich durchaus korrekt. Aber: einzelne Stellen der Enzyklika können und werden in weiten Kreisen so ausgelegt, als ob sie direkte Vorschriften für die christlichen Gewerkschaften festlegen und diese in ihrer Unabhängigkeit und in ihrer Ausbreitungsmöglichkeit hemmen wollten. Als ob unsere Verbände der direkten Kontrolle der katholischen Geistlichkeit unterstellt, bei Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten dieser das letzte und entscheidende Wort zu lassen hätten und als ob endlich die Ausbreitung unserer Verbände von der Zustimmung des katholischen Klerus abhängig gemacht werden sollte. **Daß es unter solchen Bedingungen mit unserer Bewegung vorbei sein würde und die evangelischen Arbeiter unmöglich derselben noch angehören könnten, liegt klar auf der Hand.** Das ist es auch, was in unseren Mitglieder- und Freundeskreisen große Beunruhigung hervorgerufen hat.

Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen treiben mit der Enzyklika eine wüste Verhetzung der christlichen Arbeiter. Sie singen den christlichen Gewerkschaften schon mit ungeheurem Frohlocken das Grabeslied. Sie sehen die katholischen Arbeiter schon in Scharen aus den christlichen Gewerkschaften austreten und in die „freien“ Verbände hineinlaufen. Sie werden nicht auf ihre Rechnung kommen. Auch die „Berliner“ nutzen die Situation gründlich aus. Man lese nur die berlinerisch gerichteten Zeitungen im Saarrevier, den Berliner „Arbeiter“, die Zeitschrift „Wahrheit und Klarheit“ und andere Blätter.

In einem Teile der bürgerlichen Presse kann man einer geradezu jammervollen Verwirrung und Konfusion in der Beurteilung dessen begegnen, welche Stellung nun die christlichen Gewerkschaften zu all den Dingen einnehmen werden. Wenn diese Blätter etwas mehr von unserer Bewegung verstanden, würden sie sich über die Stellung derselben kein so großes Kopfschütteln machen.

Aber angesichts dieser Lage hat es Vorstand und Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für absolut notwendig befunden, in

ruhiger und sachlicher Weise, aber auch mit aller Klarheit und Bestimmtheit noch einmal den Standpunkt und den Charakter der christlichen Gewerkschaften vor aller Öffentlichkeit darzulegen. Der außerordentliche Kongreß soll Klarheit bringen. Er sollte eine feierliche Erneuerung und Bekräftigung des Gelöbnisses sein, das sich katholische und evangelische Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in Dresden gegenseitig gegeben haben. In Treue fest! Vorwärts gearbeitet in den alten bewährten Bahnen der christlichen Gewerkschaften!

Die Eröffnungsrede des Kollegen Schiffer.

Salb nach 10 Uhr eröffnete Kollege Schiffer den Kongreß mit einer kurzen Begrüßung der erschienenen Gäste, Pressevertreter und Delegierten. Es waren rund 300 Delegierte und über 100 Pressevertreter der verschiedensten Richtungen anwesend. Im Anschluß an seine Begrüßungsworte führte Kollege Schiffer folgendes aus:

„Verte Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat angesichts der nach dem Erscheinen der neuesten päpstlichen Enzyklika eingetretenen Situation die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses für richtig gehalten.“

Vor sieben Wochen, gelegentlich unseres jüngsten Kongresses in Dresden, haben wir in feierlicher Form erklärt, an dem bisherigen Charakter und der bewährten zentralistischen Organisationsform unserer Organisationen festhalten zu wollen. Wir haben betont, dieser Standpunkt sei unverrückbar und unabänderlich. Die katholischen und evangelischen Führer unserer Bewegung haben damals im Namen der von ihnen vertretenen Mitgliedschaft das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue und die Vereinerung rückhaltlosesten Vertrauens zum Ausdruck gebracht. Es bedarf daher eigentlich wohl kaum der besonderen Hervorhebung und Betonung, daß auch in der gegenwärtigen Situation für uns kein Grund vorliegt, irgend eine Aenderung eintreten zu lassen. Es bleibt bei Dresden!

Die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften haben sich nach der Publikation des päpstlichen Rundschreibens in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt. Sie haben in aller Ruhe verhandelt und sich dahin geeinigt, nichts zu überstürzen. So erklärt es sich, daß, trotzdem die Enzyklika bereits am 10. November veröffentlicht worden war, die christlichen Gewerkschaften erst heute sich offiziell und öffentlich damit beschäftigen.

Der Kongreß ist zunächst aus dem Grunde veröffentlicht worden, weil eine gewerkschaftliche Bewegung ihre Existenzmöglichkeiten und -bedingungen klarstellen muß und weil öffentliche Repräsentation ein Lebensbedürfnis für sie ist.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes wollte weiterhin durch den heutigen Kongreß den Dresdener Beschluß von neuem bekräftigen lassen. Die Welt ist ja so voller Zweifler, es gibt so viele Leute, bei denen gewisse Wünsche die Erzeuger ihrer Gedanken sind; es ist in den letzten zwei Wochen in der Öffentlichkeit so viel an unsinnigen Behauptungen und Kombinationen geleistet worden, daß wir demgegenüber noch einmal in aller Ruhe und mit aller Bestimmtheit unsere alten, allgemein bekannten Grundsätze betonen wollen.

Im übrigen wird der Verlauf des Kongresses zeigen, daß unsere sonst haßgeschwollenen, jetzt in Schadenfreude schwelgenden Gegner nicht auf ihre Rechnung kommen. Wahrscheinlich werden sie von hier aus einige Neuigkeiten erfahren, die ein wenig Wasser in ihren Wein gießen. In den letzten 48 Stunden hat die Streitfrage eine bedeutsame Wendung erfahren. Den einschlägigen

Mitteilungen des Referenten will ich aber nicht vorgreifen, sondern nur betonen: die Leute, die unsere katholischen Mitglieder heute als bevormundete, unter einem kirchlichen Ausnahmegezet leuchtende Fackelsohlen verspotten und ihnen morgen Rebellion gegen ihre kirchliche Obrigkeit vorwerfen, können uns nicht im mindesten imponieren. Wägen sich unsere Gegner noch so kramphast in Wort und Schrift, durch Wortklauberien und Entstellungen bemühen, konfessionelle Leidenschaften zu entfesseln und Misstrauen zu säen, es wird ihnen nie gelingen, die katholischen und evangelischen Führer und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu trennen. Wir sind deutsche Männer, deutsche Frauen, nach wie vor durchaus überzeugt, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und wir werden unser Bündnis fest und treu halten, in guten und in trüben Tagen.

Die Ausführungen des Vertreters unseres Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter.

Im Anschluß an das Stegerwald'sche Referat, das wir weiter unten im Auszuge bringen, fand eine ausgedehnte Diskussion statt. In derselben sprach als Vertreter unseres Verbandes Kollege Siftenich. Er führte aus:

„Ich kann auch namens des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter erklären, das wir nach wie vor entschlossen sind, an dem bisherigen Charakter unserer Organisation, insbesondere an ihrer Selbstständigkeit und Unabängigkeit grundsätzlich festzuhalten. Nach wie vor werden wir unsere Taktik, vor allem auch bei Lohnbewegungen, selbst bestimmen. Wir können und werden auch auf den Streik als letztes Mittel nicht verzichten. Ebenso kann eine etwaige Begrenzung unseres Ausbreitungsgebietes nicht in Betracht kommen. Wir legen Gewicht auf diese Feststellung, weil das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes aus der Enzyklika bereits gegenteilige Schlussfolgerungen zieht.“

Zur Begründung unseres Standpunktes sei kurz folgendes erwähnt. Wir beanspruchen als Arbeiter grundsätzlich dasselbe Recht wie die übrigen Stände. Das hat Kollege Stegerwald in seinem Referat bereits hervorgehoben, und wir pflichten ihm bei. Was z. B. dem westfälischen Bauernverein Recht ist, muß uns billig sein. Dieser hat auf seiner kürzlich in Münster stattgefundenen Tagung noch, in Anwesenheit des Bischofs von Münster, seinen interkonfessionellen Charakter ausdrücklich betont. Für die katholischen Arbeiter ist die Notwendigkeit, in wirtschaftlichen Fragen mit den evangelischen Berufskollegen zusammenzuarbeiten, noch eine weit größere, weil die Verhältnisse entsprechend schwieriger und die gegnerischen Strömungen weit stärker sind.

Wir vermöchten übrigens auch in der Textilindustrie mit dem Organisationsprinzip der „Berliner“, das wir grundsätzlich ablehnen, gar nicht durchzudringen. Dafür liefern u. a. die Verhältnisse im Münsterland (Westfalen) den besten Beweis. Wir haben es dort vorwiegend mit katholischen Unternehmern zu tun. Trotzdem wird man selten eine Gegend treffen, wo sich das Unternehmertum so wenig bereit findet, berechtigten Ansprüchen der Arbeiter Rechnung zu tragen, wo diese in ihrem Bestreben, ihre Lage zu bessern, größerem Widerstand begegnen und wo man rücksichtsloser gegen die Organisation der Arbeiter vorgeht, wie gerade im Bereich des münsterländischen Arbeitgeberverbandes für die Textilindustrie. Bei jeder auch noch so geringfügigen Forderung der Arbeiter tritt sofort der Arbeitgeberverband in Aktion. Ein Streik der Arbeiter wird zunächst mit einer lokalen und dann mit der Aussperrung aller im Bezirk des genannten Verbandes beschäftigten christlich organisierten Arbeiter beantwortet.

So hatten wir 1902 schon eine lokale Aussperrung in Coesfeld, 1906 eine solche in Embsdellen. 1905 wurde ein Streik von sechs Arbeiterinnen in Warendorf ebenfalls zunächst mit einer lokalen und dann mit der Bezirksaussperrung beantwortet. Diese konnte nur dadurch verhindert werden, daß die sechs Arbeiterinnen

den vom Unternehmer um 20% reduzierten Lohnsatz anerkannt und die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Voriges Jahr hatten wir in Coesfeld in einem kleinen Betrieb geringfügige Differenzen, die zum Streit und im weiteren Verlauf zur Aussperrung von einigen Tausend unserer Mitglieder führten. Jetzt stehen wir wieder vor einer ähnlichen Situation. In Ebbenbüren (Westfalen) stellten unsere Mitglieder in einem Betrieb minimale Forderungen. Sie wurden vom Arbeitgeber glatt abgelehnt. Die Arbeiter reichten darauf die Kündigung ein. Eine Kommission der Unternehmer prüfte die von den Arbeitern gestellten Forderungen, und zwar einseitig, ohne die Arbeiter zu hören. Die Forderungen wurden vom Arbeitgeberverband für unberechtigt erklärt und dem Unternehmer der volle Schutz des Verbandes zugesichert. Das bedeutet mit anderen Worten die Aussperrung.

So liegen die Dinge in Westfalen. Von einem Entgegenkommen, von einer Anerkennung der Organisation keine Spur. Verhandlungen mit Verbandsvertretern werden grundsätzlich abgelehnt. Dabei haben die Unternehmer eine Arbeiterschaft, die in ihrer echt westfälischen Treue und Ehrlichkeit, in ihrem ruhigen vernünftigen Handeln kaum jemals zu treffen ist. Einem solchen Unternehmertum gegenüber nutzt es der Arbeiterschaft nichts, wenn sie sich lediglich auf die christlichen Grundsätze der Liebe und Gerechtigkeit berufen will. Da bedarf sie einer starken und leistungsfähigen Organisation, die eventuell auch durch ihre Macht der Arbeiterschaft zu ihrem Rechte verhilft.

Nehmen wir nun an, eine unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehende katholische Organisation hätte den ernststen Willen, wenn nötig auch durch einen Kampf diese Unternehmer zur Berücksichtigung der berechtigten Arbeiterforderungen zu zwingen. Dann bestände immer noch die Gefahr, daß dieser Kampf nicht nur als ein wirtschaftlicher, sondern auch als ein Kampf zwischen den Angehörigen ein und derselben Konfession aufgefaßt würde. In diesem Kampf käme die Geistlichkeit um eine direkte Stellungnahme nicht herum. Das müßte aber zu Zuständen führen, die schließlich der katholischen Sache selbst zum größten Schaden gereichten.

Nun haben wir aber nicht nur mit katholischen, sondern auch mit andersgläubigen oder ungläubigen Unternehmern zu rechnen. Diese wiederum würden in einer unter der Vormundschaft der katholischen Geistlichkeit stehenden Organisation nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den religiösen Gegner sehen und jede Verhandlung mit diesem ablehnen. Vor allem würden sie sich die Einmischung der katholischen Geistlichkeit entschieden verbitten. Wollte eine katholische Organisation also wirklich ernst für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter eintreten, so wäre ihre Position eine weit schwierigere wie die einer interkonfessionellen Gewerkschaft. Katholische Gewerkschaften würden von dem weitaus größten Teil des deutschen Unternehmertums nie als Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt werden.

Bei alledem kann man nur sagen, daß durch Schaffung von gewerkschaftlichen Organisationen nach „Berliner“ Muster weder der Arbeiterschaft, noch den katholischen Geistlichen ein guter Dienst geleistet würde. Die katholischen Geistlichen in den Domänen unseres Verbandes wissen das wohl zu würdigen. Sie bedauern sich für die Rolle, die ihnen die Berliner zuzurechnen. Sie wissen, daß die Durchführung dieser schon an den technischen Schwierigkeiten, die ja in unserem so vielfältigen Beruf so groß sind, kläglich scheitern würde. Man soll uns also dankbar sein, wenn wir an der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unserer Organisation festhalten und auch die Verantwortung für unsere Tätigkeit selbst übernehmen.

Auszug aus der Rede des Kollegen Siegerwald.

Nach einigen Vorbemerkungen über die Entwicklung des Gewerkschaftsstreits im katholischen Lager gibt Redner einen Überblick über die zahlreichen Auslegungen, welche das neueste päpstliche Rundschreiben in der Presse der verschiedensten Richtungen gefunden hat. Eine vielseitigere Auslegung könne man sich kaum denken. In dieser verwirren Situation ein Wort der Klärung zu sagen, sei der Ausgangspunkt des Vortrages. Gegenüber der Entwendung seitens der katholischen Fachabteilungen, die christlichen Gewerkschaften hätten sich bzgl. ihrer Stellung nach der religiös-sittlichen Seite nirgends programmatisch und bindend festgelegt, verteidigt Redner auf seine diesbezüglichen Aussagen des Vorstandes des Gesamtverbandes am 2. März d. J. in einer Kölner Versammlung abgegebenen Erklärungen. Weitere Garantien und Verpflichtungen könnten die christlichen Gewerkschaften nicht übernehmen. Von einem deutschen Bischof, demgegenüber er (Redner) dieser Ueberzeugung Ausdruck verleihe, sei ihm die Antwort geworden: Mehr verlangt auch keine kirchliche Behörde. Im übrigen müsse gesagt werden, eine nach allen Richtungen hin (sozial, wirtschaftlich, religiös) in sich absolut vollkommene gewerkschaftliche Arbeiterorganisation ist in Deutschland für gläubige Christen nicht möglich. Die Organisationsmethode, wie sie sich zwischen christlichen Gewerkschaften und dem Kartellverband der katholischen Arbeitervereine sowie dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine herausgebildet hat, trage unter den in Deutschland obwaltenden Verhältnissen der christlichen Arbeiterwelt am vollkommensten Rechnung. Beide Teile begrenzen ihre Aufgaben und ergänzen sich gegenseitig. Bei dieser Arbeitsmethode haben sich bisher keinerlei grundsätzliche bedauerliche Symptome oder praktische Schwierigkeiten gezeigt.

In den christlichen Gewerkschaften wären schätzungsweise 70 000 evangelische Arbeiter organisiert.

Für die Ziele, welche die Bewegung verfolgt, komme diese Zahl sehr wohl in Betracht. Aber schließlich habe das Zahlen der Konfessionszugehörigen innerhalb der christlichen Gewerkschaften kaum etwas zu bedeuten. Es handele sich ganz einfach um ein Zusammenarbeiten, wie es die Arbeit in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem Walzwerk jeden Tag mit sich bringe, um ein Zusammenarbeiten, wobei höhere Interessen nicht verletzt werden. Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine Minderheitsbewegung. Die sozialdemokratische Bewegung hatte bereits einen großen Vorsprung, als sie gegründet wurde. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften neben diesen ist darum eine naturgemäß sehr schwache. Die Arbeitgeber, mit denen die berufswirtschaftlichen Interessenvertretungen sich auseinanderzusetzen haben, sind in Deutschland wohl mehr als zu 1/3 Nichtkatholiken. Auch in der Staatsverwaltung überwiege bei weitem das evangelische Element. Solche Zusammenhänge wären zu beachten und ließen klar erkennen, daß der evangelische Teil in den christlichen Gewerkschaften nicht ein bloßes „Anhängsel“ sei.

Zur Enzyklika selbst übergehend bemerkt Redner gegenüber dem von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorwurf, die Enzyklika sei „ein Ausnahmegesetz für die Arbeiter und vom Papst eigens für die besitzenden Klassen geschrieben“, so könne sie unmöglich gedacht sein.

Die Enzyklika entspringe überhaupt nicht der Initiative der Kurie, sondern sei erlassen worden nach langjährigem Drängen der katholischen Fachabteilungen.

Wenn für andere Erwerbsstufen innerhalb des katholischen Lagers keine ähnlichen Enzykliken beständen, so deshalb nicht, weil diese Erwerbsstufen nicht gegenständig im Streit liegen. Die Enzyklika verfolge den friedlichen Zweck, den nun seit 12 Jahren andauernden Streit im katholischen Lager über christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen zu beenden.

Bei den unterschiedlichen Auslegungen der Enzyklika handle es sich speziell um einige Stellen, die auch in Kreisen der christlichen Gewerkschaften Beunruhigung hervorgerufen hätten. Die eine Stelle betreffe das Zuständigkeitsrecht und die Mitwirkung der kirchlichen Obrigkeit bei wirtschaftlichen Fragen; eine zweite beziehe sich auf die Gründung konfessionell kath. Vereinigungen in katholischen Gegenden; eine dritte, die Beobachtungspflicht der Bischöfe gegenüber interkonfessionellen Vereinigungen; eine vierte, ihre Zuständigkeit in der Streitfrage, und eine weitere Stelle ist als Behinderung der Ausbreitungsmöglichkeit der christlichen Gewerkschaften gedeutet worden, und das habe Beunruhigung hervorgerufen. Von dieser Beunruhigung habe auch der Bischof von Paderborn von dritter Seite Kenntnis erhalten, worauf er die Führer der christlichen Gewerkschaften wissen ließ, daß eine solche Auffassung der besagten Stellen der Enzyklika absolut unzutreffend sei.

An eine solche Interpretation habe von den in Fulda versammelten Bischöfen niemand gedacht.

Bischof Schulte habe seine Meinung sodann näher spezifiziert. Daraufhin fanden Verhandlungen unter den Bischöfen statt, als deren Resultat er (Redner) von dem Herrn Kardinal Ropp und Bischof Dr. Schulte autorisiert sei, dem Kongreß mitzuteilen, daß die Interpretation des Bischofs Dr. Schulte die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergebe.

Diese Interpretation lautet:

1. In dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreit sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinzufügung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können.“ ist letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beanspruche, mit der praktischen Erledigung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung befaßt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen insoweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen, und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze die in Betracht kommenden Gläubigen vor sittlich-religiösem Schaden zu bewahren.

2. Der Satz: „Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden, und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen.“ besteht überall dort als eine Vorschrift des apostolischen Stuhles zu recht, wo nicht die für Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgegebene Ausnahmestellung zutrifft. (Vergl. Absatz: „In dieser Hinsicht nur...“) Eine Aufstellung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesangebiet um Zulassung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solche Gebiete, wo das Feld der Berliner Richtung sein soll, und in andere Gebiete, wo die christlichen Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufstellung des Diözesangebietes brächte, was der Hl. Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächst.“ erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satz, an dem sie mit dem Worte „Darum“ angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht bestritten können, sich zu orientieren, ob irgendwelche Organisationen, also auch ob die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katha-

lischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz: „Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird“, ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Hl. Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um eine päpstliche Mahnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem rechten Pfad anzuhaken und die Bekämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat bzw. die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitte der Enzyklika: „wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorichtsmaßnahmen zuzulassen“, bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt „In dieser Hinsicht“ die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Diözesen erklärt worden ist.

Ich bin von dem Herrn Kardinal Ropp und dem Herrn Bischof Dr. Schulte autorisiert, dem Kongreß mitzuteilen, daß diese Interpretation die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergebe. Den hier niedergelegten Grundsätzen sind die christlichen Gewerkschaften stets gerecht geworden. Man lese meine eingangs zitierte Rede vom 2. März in Köln und die Dresdener Verhandlungen, und man wird sich davon überzeugen können. Und was in diesen Reden ausgeführt wurde, war nichts Neues. Es ist der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen.

Den hier niedergelegten Grundsätzen sind die christlichen Gewerkschaften stets gerecht geworden. Der Berliner „Arbeiter“ habe freilich die besagten Stellen der Enzyklika anders ausgelegt. Demgegenüber erklärte er, daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Ausbreitungsgebiet nicht einengen ließen. „Sich Berlin“ werde auf eine unbesiegbare Mauer stoßen.

Die sozialdemokratische Presse mache viel Aufhebens mit der Wendung des päpstlichen Rundschreibens: „Solange nicht wegen neuer eintretenden Umständen usw.“ und sähe infolgedessen das Damoklesschwert über den Gewerkschaften hängen.

Die Sozialdemokratie brauche sich nicht um die weitere Existenz der christlichen Gewerkschaften zu sorgen.

Diese hätten bisher bewiesen, daß sie ihre Existenz zu behaupten verstanden. Auch über die künftige gewerkschaftliche Konkurrenz zwischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften mache er sich nicht die geringste Sorge. In Zukunft könnten die „Berliner“ die christlichen Gewerkschaften nicht mehr verletzern. Das sei die Hauptsache. Wirtschaftlich würde man mit ihnen fertig. Die Idee einer Parteilierung konfessioneller Gewerkschaften lasse sich nicht verwirklichen. Alle bisherigen Versuche, konfessionelle Gewerkschaften zu gründen, hätten sich als aussichtslos erwiesen.

Redner begründet dann die Undurchführbarkeit einer „Gebietsbegrenzung“ der christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen. Deutschland habe keine abgeschlossenen rein katholischen industriellen Gegenden. Die Industrien der verschiedenen Bezirke stehen mit einander in engsten Beziehungen. Der katholische Bezirk von heute, sei der gemischte von morgen. Unter der Arbeiterbevölkerung vollziehe sich eine unausgelebte Mischung. Auch eine kirchliche Aufsichtigung der Gewerkschaften in ihren Einzelmaßnahmen wäre absolut undurchführbar. Eine Mitwirkung der Geistlichen bei Regelung sachlicher und gewerkschaftlicher Angelegenheiten sei undenkbar. Den Religionsgesellschaften würden bei einer Einmischung in gewerkschaftliche Einzelfragen unübersehbare Schwierigkeiten erwachsen. Redner führt einige praktische Fälle an. Die Gewerkschaftsbewegung dürfe nicht einseitig vom kirchlich-seelsorgerischen Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Sie müsse vielmehr gewürdigt werden als notwendiges Glied in unserem Wirtschaftsorganismus.

Alles dränge zur organisierten Zusammenfassung der wirtschaftlich gleich Interessierten.

In dieser Entwicklung könnten und dürften die Arbeiter nicht zurückbleiben. Die christlichen Gewerkschaften seien in Deutschland eine sozial-wirtschaftliche Notwendigkeit. Die christlichen Gewerkschaften seien in Deutschland aber auch eine staatliche Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie habe außerordentlich an Ausdehnung gewonnen; die Gefahren, die sie in sich birgt, wachsen. Mit Erziehungskünsten lasse sich diese Partei nicht auf einen anderen Boden bringen, aber auch nicht mit politischer Gewalt. Solange aber in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden sei, könne die Sozialdemokratie ihre Pläne nicht verwirklichen. Im Gegenteil, die zielklare, ausgleichende Politik der christlich-nationalen Bewegung zwingt die Sozialdemokratie, auf die Dauer andere Wege einzuschlagen.

Die christlichen Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen sich nie mit Fragen der Kirchenpolitik, des Schulwesens oder sonstigen religiösen Streitfragen beschäftigt. Ihre Aufgabe liegt nicht auf dem religiösen Gebiete, sie betreiben keine „Religionsmengenerei“. Man hat es den christlichen Gewerkschaften schwer gemacht, ihre fruchtbare Arbeit zu erfüllen. Die ewigen Beunruhigungen könne die Bewegung auf die Dauer nicht weiter ertragen. Eher müßten die christlichen Gewerkschaften sich zu einer Titeländerung entschließen. Das wäre angesichts der sozialdemokratischen Weltanschauungsbewegung eine bedauerliche Sache. Die Berliner Kritiker schaden mit ihren Rörgeleien schließlich letzten Endes der Sache selbst, der sie dienen wollen. Ob sie nunmehr Frieden geben werden, bezweifelt Redner. Die deutschen Bischöfe hätten schon 1910 ein Mahnwort ausgesprochen. Geholfen habe es nicht viel. Die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften wäre ganz

einfach vom Auslande her weitergetrieben worden. Sollte es in diesem Sinne weitergehen, so würden die christlichen Gewerkschaften die Angriffe in Zukunft nicht mehr unerwidert lassen. Wir wünschen solche Auseinandersetzungen nicht und hoffen, daß man unsern Essener Kongreß allseitig verstehen wird.

Zu dem Stegerwald'schen Referat wurde folgende Resolution

einstimmig angenommen:

Die christlichen Gewerkschaften haben ihrerseits auf dem Dresdener Kongreß ihre Stellung zum Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager klar und entschieden festgelegt. Inzwischen ist ein päpstliches Rundschreiben an die deutschen Bischöfe ergangen, das sich mit derselben Frage befaßt und zu Zweifeln über die künftige Haltung der christlichen Gewerkschaften Anlaß gegeben hat. Dazu erklärt der Kongreß:

Der Beschluß des Dresdener Kongresses bleibt inhaltlich bestehen. Die christlichen Gewerkschaften halten unerschütterlich fest an den Grundsätzen, die seit jeher für ihre Bewegung maßgebend gewesen sind.

Den grundsätzlichen Teil des päpstlichen Rundschreibens zu erörtern, ist nicht Sache der Gewerkschaften. Die Zugehörigkeit zu den christlichen Verbänden wird in dem Rundschreiben den katholischen Arbeitern nicht verwehrt, sondern ausdrücklich gestattet. Damit ist die Hauptwaffe gegen ihre gewerkschaftliche Betätigung in unseren Organisationen unbrauchbar geworden.

In seinem praktischen Teil enthält das päpstliche Rundschreiben an mehreren Stellen Wendungen, die in weiten Kreisen als eine Unterbindung der Entwicklung und Betätigung der christlichen Gewerkschaften ausgelegt werden. Insbesondere folgerte man daraus neben einer „Gebietsbegrenzung“, „eine fortgesetzte kirchliche Bevormundung“ unserer Bewegung in ihren gewerkschaftlichen Maßnahmen. Diese Befürchtungen sind durch die neueste Erklärung der Bischöfe ausgeräumt. Der Kongreß begnügt sich daher mit der Feststellung, daß zu solchen Befürchtungen auch nach Grundsätzen und Beschlüssen unserer Bewegung kein Anlaß vorliegt, und daß derartige in Deutschland zudem undurchführbar wäre. Das Deutsche Reich weist keine rein katholischen Gegenden mit in sich abgeschlossener industrieller Entwicklung auf. Der vielgestaltige Wechsel des Wirtschaftslebens bedingt eine gewaltige unauflösbare und unvermeidliche Mischung der Konfessionsangehörigen. Die Gewerbe- und Tarifpolitik der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen muß nach einheitlichen Regeln erfolgen und setzt zu ihrer Erledigung Fach- und Sachkenntnis voraus. Deutschland stellt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar. Diese Verhältnisse fordern gebieterisch wirtschaftlich selbständige Gewerkschaften, die sich zentralistisch auf das ganze Reichsgebiet erstrecken, und nur solche können gegenüber den streifen Arbeitgeberverbänden und der geschlossenen sozialdemokratischen Bewegung Einfluß und Bedeutung erringen.

Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbsthilfe denselben Weg eingeschlagen, den vor ihnen alle anderen Erwerbschichten gegangen sind. Sie behaupten die gleiche Selbstständigkeit wie die hunderte einflussreichen Syndikate und mächtigen Unternehmerorganisationen, wie tausende gewerblicher und bäuerlicher Genossenschaften, Bauernvereine, Innungen, Detailistenverbände, Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamte usw.

Erneut betonen wir: Die christlichen Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft; sie sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat; sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationale, christentumsfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlangt.

An Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird aus allen diesen Erwägungen nichts geändert werden. Wir arbeiten weiter wie bisher.

Im Anschluß an den Stegerwald'schen Vortrag der wiederholt von außerordentlich starkem Beifall unterbrochen, zum Schluß mit nicht endenwollendem Händeklatschen und Bravourrufen aufgenommen wurde, gaben die Vertreter der einzelnen christlichen Berufsverbände in einer kurzen Diskussionsrede den Standpunkt ihres Verbandes kund. Der Grundton jeder Diskussionsrede war: Wir bleiben, was wir sind, wir halten fest an dem Dresdener Versprechen, wir bleiben eine unabhängige, selbständige, interkonfessionelle Zentralgewerkschaft, wir können uns unser Agitationsgebiet nicht einschränken lassen. Die Erklärung des Vertreters unseres Verbandes haben wir im Wortlaut gebracht.

Großen Eindruck machte es, als Kollege Stegerwald die Interpretation der Enzyklika durch den deutschen Episkopat bekannt gab. Das löste ein großes Gefühl der Beruhigung und des Beifalls aus. Diese Interpretation entkleidet die Enzyklika im allgemeinen ihres Charakters. Das wird in weiten Kreisen große Befriedigung und Genugtuung erwecken.

Mit einem eindrucksvollen Schlußwort schloß Kollege Behrens den Kongreß, der zwar nur einige Stunden währte, aber für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung von außerordentlich großer Bedeutung war. Er war eine feierliche Erneuerung und Ergänzung des Treuegelübnisses in Dresden, er hat die verworrene und unruhige Situation der letzten Wochen mit einem Male geklärt und beruhigt, wenigstens für diejenigen, die eine Klärung und Beruhigung ehrlich wünscheten. Für unsere Mitglieder wird er eine neue Kraftquelle in der Werberarbeit sein. Unserer Bewegung hat er die Bahn freier gemacht.

Mit einem Gedanken sind wir alle vom Kongresse gegangen:

Die christlichen Gewerkschaften stehen fest und geschlossen wie eine Mauer.

Das ist die sicherste Gewähr dafür, daß ihr kein Gegner etwas anhaben kann. In der Einigkeit und Geschlossenheit, in der treuen Anhänglichkeit der Führer

und Mitglieder an der Bewegung liegt ihre Stärke, die keiner niederzuringen vermag: weder die Genossen, noch die Unternehmer, noch die „Berliner“.

Wir kommen in der nächsten Nummer auf den Kongreß zurück.

Für und wider die Enzyklika.

Die päpstliche Enzyklika über den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager beschäftigt die Öffentlichkeit in ausgedehntem Maße. Natürlich ist die Beurteilung eine recht verschiedene.

Die nicht berlinerisch gesinnte katholische Tagespresse bespricht sie in einer Weise, die unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung direkt günstig ist. Sie meint, durch das päpstliche Schreiben werde praktisch an den Grundsätzen und an der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nichts geändert. Auch vom Standpunkte unserer Bewegung aus könne man sich mit dem in der Enzyklika ausgesprochenen, ohne sich dadurch etwas zu vergeben. Es bleibe alles beim alten. Derselbe Meinung vertreten das Organ der katholischen Arbeiterinnen- und das Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands. In einer Sitzung des Ausschusses des Diözesanverbandes der katholischen Arbeitervereine der Diözese Freiburg kam man nach einem ausführlichen Referate vom Diözesanpräses Dr. Rezbach zu dem einmütig geteilten Urteil, „daß für die badischen Verhältnisse unbedingt auch in Zukunft an den christlichen Gewerkschaften festzuhalten sei.“ Das Organ der katholischen Männer- und Jünglingsvereine der Diözese Mainz bespricht die Enzyklika und stellt dabei fest, daß die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften vom Papste ausdrücklich erlaubt sei. Die Forderung des Papstes, wonach die den christlichen Gewerkschaften angehörenden katholischen Arbeiter auch Mitglied eines katholischen Standesvereines sein sollen, sei von den Verbänden stets erhoben, von den christlichen Gewerkschaften gefördert und in Hessen in der Praxis fast vollständig durchgeführt worden. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, drückt die Enzyklika mit folgender Bemerkung ab: „Die katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes interessiert vor allem die Feststellung, daß in der Enzyklika die Zugehörigkeit katholischer Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet wird. Für die Vereine des Kartellverbandes bleibt es somit bei der bisherigen Haltung zu den christlichen Gewerkschaften.“

Der Teil — allerdings ein sehr winziger — der katholischen Presse, der zu der „Berliner“ Richtung gehört, nutzt die Enzyklika weidlich aus. Ein im Saarrevier erscheinendes Blatt solcher Art wird sogar so frech, auf Grund der Enzyklika den christlichen Gewerkschaften die weitere Agitation im Saarrevier zu verbieten. Natürlich werden die christlichen Gewerkschaften diesem Gebote nicht folgen. Die in Trier erscheinende hiesig langlich bekannte „Landeszeitung“ möchte in wahrhaft frommer Gesinnung sogar wünschen, „daß nunmehr die Führer beider Richtungen sich die Hand zur friedlichen Verständigung reichen und nach dem Wunsche des Papstes eine Art Kartell bilden zum gemeinsamen Vorgehen gegen gemeinsame Feinde.“ Wir für unseren Teil möchten bloß sagen, daß wir auch „nunmehr“ ein solches Kartell ablehnen müssen. — Das Häuflein „Berliner“ Quertreiber selbst jubiliert. Ihr Organ, der „Arbeiter“, sieht in der Enzyklika eine päpstliche Anerkennung und Förderung des „Berliner“ Gewerkschaftsprinzips. Wir werden vielleicht später noch Gelegenheit finden, darauf einzugehen, wie Unrecht sie in diesem Falle haben. Denn selbst in der Tatsache, daß der Papst auch solche Vereinigungen, die ihren Mitgliedern irdische Vorteile sichern wollen, lieber auf katholischer Grundlage organisiert sieht, liegt noch längst keine Anerkennung des „Berliner“ Systems. Oder unterscheidet sich das Berliner System von den christlichen Gewerkschaften nur in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft? Mittlerweile haben die „Berliner“ auch ein Paar in der Festtagsbutter gefunden. Sie hätten nach der Hauptstadt zu einer großen Feier eingeladen, bei der die Enzyklika als Berliner Triumph verherrlicht werden sollte — mußten aber nachträglich diese Feier wieder ablagern; angeblich auf einen Wink von einer hohen kirchlichen Stelle in Deutschland hin. Ein süßes Gesicht werden die Herren dazu sicher nicht gemacht haben.

Eine ungetrübte Freude scheint nur die Sozialdemokratie zu haben. Ihre Presse sieht die christlichen Gewerkschaften schon zusammengebrochen. Jetzt sei es für die Sozialdemokratie an der Zeit, in die katholischen Gebiete einzudringen. Für sie sei die Zeit der Ernte jetzt gekommen. Die Enzyklika zeige den Arbeitern mit aller Klarheit die herrschenden unüberbrückbaren Klassen-gegensätze und daß nur bei der Sozialdemokratie Rettung zu finden sei. Der „Vorwärts“ läßt sogar Papp Pius X. hochleben. Es wird sich noch Gelegenheit finden, mit dieser Presse gründlich abzurechnen. Eindruck auf unsere Mitglieder wird sie allerdings nicht erzielen und auch in den übrigen, nichtorganisierten christlichen Arbeiterkreisen versteht man die Predigt, die der Fuchs den Enten hält.

Die nichtkatholische bürgerliche Presse beurteilt die Enzyklika durchaus nicht einheitlich. Die linksliberalen und diejenigen Zeitungen, die dem Unternehmertum nahe stehen, legen eine große Freude über die päpstliche Kundgebung an den Tag. Sie sei der „Tod der christlichen Gewerkschaften“, diese seien unter das „römische Joch gezwungen“ worden, sie müßten sich ergeben oder sterben.“ Die Urteile solcher Blätter können uns natürlich nicht im geringsten beeinflussen. Die Blätter sind niemals unsere Freunde gewesen. Sie wünschen

fehltschliff, sei es nun, daß sie unsere Berufsorganisationen als Träger einer christlichen Weltanschauung hassen oder sei es aus eigenem Profitinteresse, daß unserer Bewegung das Grab gegraben werden, das der Totengräber nun „Rom“ sein, oder die Sozialdemokratie oder das Scharfmachertum. Sie nehmen Hilfe, wo sie sie finden. Aber diese Helfer werden ebensowenig auf ihre Rechnung kommen als die „Berliner“. Ebensowenig kann uns das Urteil derjenigen beeinflussen, die die christlichen Gewerkschaften gerne als Sturmbock in ihrem Kampfe gegen Rom gebrauchen und die jetzt in einer recht verdächtigen Freundschaft mit uns anbinden möchten.

Dagegen müssen wir Gewicht legen auf das Urteil derjenigen nichtkatholischen Blätter, die bisher in ehrlicher Freundschaft zu unserer Bewegung gestanden haben und die ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Katholiken und Protestanten im Interesse des sozialen und konfessionellen Friedens und unserer nationalen Kultur ehrlich wünschen, und die mit uns auf dem Standpunkte stehen, daß eine Konfessionalisierung der gesamten menschlichen Tätigkeit, so wie es die „Berliner“ wollen, ein großes Unglück für unser deutsches Volk bedeuten und letzten Endes zu einem permanenten Kulturkampfe führen würde.

Aus einem Teile dieser Zeitungen spricht eine ernste, u. E. unbegründete Sorge für die Weiterentwicklung der christlichen Gewerkschaften. Aber es tut in dieser Zeit der Verheerung und Verleumdung dem Herzen wohl, daß diese Blätter auch gleich wieder ihr volles Vertrauen zu den Mitgliedern und Führern unserer Bewegung aussprechen. Sie glauben daran, daß die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen nach Berlin gehen, daß sie nichtparteiliche, interkonfessionelle, unabhängige Berufsorganisationen christlicher Arbeiter auf zentraler Grundlage bleiben werden. Daß sie trotz alledem und alledem in der Zukunft bleiben, was sie in der Vergangenheit waren. In Treue fest!

Einige dieser Stimmen sollen hier zum Ausdruck gebracht werden. So heißt es in der evangelischen Zeitschrift „Die Arbeit“ (Nr. 46 vom 16. Nov.) u. a.:

Der Papst hat sich über die Gewerkschaften freundlicher geäußert wie früher, wenn er auch den katholischen Arbeitervereinen den Vorrang gibt. Daß der Papst die interkonfessionellen Gewerkschaften duldet, genügt uns, alle darüber hinausgehende Streiffragen gehen uns als Evangelische nichts an und da wir die feste Überzeugung haben, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften schon wissen, was sie mit den Berlinern anzufangen haben, falls diese eine falsche Auslegung der Enzyklika zur Agitation benutzen, können wir vorläufig von weiteren Darlegungen absehen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die christlichen Gewerkschaften auch in Zukunft sein werden, was sie in der Vergangenheit waren, eine machtvolle, kulturelle, christliche und nationale Standesbewegung. Die Beschlüsse von Dresden liegen vor und bleiben in Kraft trotz Enzyklika.

In der „Monatskorrespondenz der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“ (Mitte November) beurteilt Herr Vizeintendant Mumm die Dinge also:

„Das Wesentliche ist wohl, daß ein Verbot an Katholiken, zu interkonfessionellen Verbänden zu gehören, nicht gekommen ist. Der heilige Wunsch der Sozialdemokraten und ihrer Zutreiber, es möchte solches ja bald kommen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil wird feierlich erklärt, daß die Mitgliedschaft zu christlichen Gewerkschaften zulässig ist. Es wird den „Berlinern“, die als Katholiken hart gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften kämpften, die Fortsetzung solches Kampfes unter sagt; sie dürfen nicht die Gewerkschaftler eines „verdächtigen Glaubens“ bezichtigen. Soweit also ist erreicht, was die christlichen Gewerkschaftler sich wünschten und — was im nationalen Interesse unerläßlich ist.“

Die Tatsache, daß in der Enzyklika die Rede ist von einer Duldung der christlichen Gewerkschaften, „solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört, zweckmäßig zu sein“, stimmt Mumm ernst. Das sei keine erquickliche Lage für die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, aber für die evangelischen kein Grund zur Besorgnis. Er kommt zu folgendem Schluß:

„Die Enzyklika bringt selbst keine Katastrophe, im Gegenteil, die Gewerkschaften sind eifrig beim Ausbau ihres Organisationsystems. Das Vertrauensverhältnis zwischen den evangelischen und den katholischen Arbeiterführern, das in Dresden erneut zum Ausdruck kam, wird nicht erschüttert. Für die christlich-nationalen Gewerkschaften hat nicht bindende Kraft, was irgend ein Außenstehender meint. Sie steuern völlig unverändert den alten, bewährten Kurs.“

In einer bemerkenswerten Weise beurteilt die „Soziale Praxis“ in Nr. 7 vom 14. Nov. die Lage:

„Das Rundschreiben des Papstes, dessen Hauptgedanken bereits seit einigen Wochen bekannt geworden waren und daher nicht mehr überraschend wirken, wird an dem hergebrachten Gang der Gewerkschaftsentwicklung unter den christlich-nationalen Arbeitern Deutschlands nichts wesentliches ändern. Wenn gleich eine besondere Vorliebe des Heiligen Vaters für die rein katholischen Arbeitervereine auch auf dem Gebiete wirtschaftlicher Interessensvertretung nicht zu verkennen ist und sogar eine Empfehlung des bloß kartellartigen Zusammengehens von katholischen und nichtkatholischen Berufsvereinigungen der Arbeiter (von Arbeitgebern ist in der Enzyklika nicht die Rede!) ausgesprochen ist, so ist doch andererseits die Duldung der gemischten christlichen Gewerkschaften mit Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse offen erklärt. Und das ist für die Praxis das Entscheidende. Die christlichen Gewerkschaften werden in ihrem Bestande und ihrer Gemeinschaftsarbeit von katholischen und evangelischen Arbeitern durch die päpstliche Enzyklika nicht berührt. Die christlichen Gewerkschaften haben auf dem Dresdener Kongreß ihre Haltung unverbrüchlich festgelegt auf dem Grunde vollkommener innerer und äußerer Einheit von Katholiken und Evangelischen in der Gewerk-

schaffarbeit. Durch die Kundgebungen der beruflichen Wortführer der beiden Konfessionen war der sogenannte „Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager“ für die christlichen Gewerkschaften endgültig entschieden. An dem Worte des Vorsitzenden des Kongresses und des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften E. M. Schiffer: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern und werden diesen Rülfschwur halten“ läßt sich nicht drehen und drehen. Es ist erfreulich, daß die Kundgebung des Papstes dieser Willensrichtung der christlich-nationalen Arbeiter Rechnung trägt, so daß hoffentlich unerquickliche neue Streitigkeiten um das interkonfessionelle Organisationsprinzip verhütet werden.“

Diese Kundgebungen rüchhaltigen Vertrauens zu unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und ihren Führern aus Kreisen, auf deren Urteil wir besonderen Wert legen, sind ein Beweis für uns, daß unsere Bewegung einen kräftigen Rückhalt im deutschen Volke gefunden hat und auch über schwierige Situationen schadlos hinwegkommen kann.

Allgemeine Rundschau.

Das Protokoll vom 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften, abgehalten vom 6. bis 10. Oktober 1912 in Dresden, ist soeben erschienen. (Christlicher Gewerkschaftsverband, Köln, Eintrachtstr. 147, 8., 314 Seiten, im Buchhandel 1 M., für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 0,50 M.) Keiner der vorhergehenden christlichen Gewerkschaftskongresse hat eine solche weitgehende Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden und solchen nachhaltigen Eindruck hinterlassen wie die Dresdener Tagung. Und noch keine seitherige Veranstaltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat eine solche wichtige und umfangreiche Tagesordnung erlebt. Es braucht nur auf die Tagesordnung des Kongresses verwiesen zu werden. Das Protokoll enthält die Vorträge und anschließenden Diskussionen über: Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes; Die Stellung der christlichen Gewerkschaften: a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart, b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik; Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung; Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortsstellen in den christlichen Gewerkschaften; Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge; Das Arbeitsrecht; Das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen. Auch die eingehenden Begrüßungsschreiben und die Ausführungen der Vertreter der verschiedensten Behörden und sonstigen Körperschaften bei Eröffnung des Kongresses sind dem Protokoll einverleibt. Allein die Referate über die vorhin angeführten Fragen enthalten eine Fülle von wertvollem Material in wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Beziehung. So wird die Schrift von bleibendem, sachlichem Werte sein, abgesehen davon, daß die Stellung einer so wichtigen Gruppe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wie der christlichen Gewerkschaften zu den verschiedensten grundsätzlichen wie praktischen Fragen in der Schrift niedergelegt ist.

Die Vergleiche zur Enzyklika über den Gewerkschaftsstreit. Die „Berliner“ nennen die Enzyklika für ihre Zwecke aus. Das Zentrumblatt „Berliner“ Richtung, die Saarbrücker „Volkszeitung“, will es in ihrer Nr. 262 vom 11. November 1912 auf Grund der Enzyklika dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter streitig machen, noch weiter im Saarrevier Mitglieder zu werben. Das Saarrevier gehöre nach den Wünschen des Papstes ausschließlich den „Berliner“ Fachabteilungen. Das gibt dem „Bergknappen“, dem Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Anlaß zu folgender Erklärung: „Unsere Bewegung bleibt, was sie bisher war. Es wird nichts geändert. Wir richten uns auch in Zukunft nach den von unseren Generalversammlungen und den christlichen Gewerkschaftskongressen festgelegten Grundsätzen.“

Zusätzliche bleibt der interkonfessionelle Charakter unserer Bewegung gewahrt. Nach wie vor steht sie Anhängern beider Konfessionen offen. Alle Mitglieder haben ohne Rücksicht auf ihre Konfession gleiche Rechte. Auch bleibt unser Gewerkschaftsverein eine Zentralorganisation. Wir suchen in allen denkbaren Gegenden unsere weitere Ausbreitung. Wollen wir die uns obliegenden Aufgaben erfüllen, müssen wir das. Wir werden deshalb in allen Orten, ganz gleich ob mit katholischer oder konfessionell gemischter oder evangelischer Bevölkerung mehr agitieren. Alle Berliner Auslegungen der Enzyklika, die Angriffe gegen uns und alle Widerstände bei der Agitation werden darauf nicht ändern. Ferner bleibt unser Gewerkschaftsverein wie bisher eine selbstständige Organisation. Auch in dieser Beziehung wird durch die Enzyklika und ihre Auslegung nichts geändert.“ Im Anschluß an diese Erklärung richtet der „Bergknappe“ einen Aufruf an die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins speziell im Saarrevier zu kräftiger Mitarbeit:

Die christlichen Gewerkschaften, eine absolute Notwendigkeit. Mit Hinblick auf die päpstliche Enzyklika ist es von besonderem Interesse, was in einem Teile der katholischen Presse („Echo vom Niederrhein“ vom 19. Nov.) u. a. ein katholischer Arbeitervereinspräsident über die christlichen Gewerkschaften schreibt:

„Jetzt, wo man haben und drüben sich zu Aggressionen auf die christlichen Gewerkschaften berechtigt und der Folge dieser Aggressionen sich zu können glaubt, dürfen wohl auch jene Kreise nicht mehr untätig dem Schicksal zusehen, die ihrer Natur nach weniger unmittelbares Interesse haben an Arbeit und Erfolge auf dem Gebiete der Gewerkschaften, als vielmehr auf dem idealen Gebiete der Weltanschauung. Resultate solcher Untersuchungen dürften deswegen um so unparteiischer, aber deswegen auch um so wirksamer für jeden Leser sein. Da ist nun zunächst zu konstatieren: ein Leben unter sozial erträglichen Umständen ist in unserer Zeit, wenigstens in Industriegegenden,

nicht mehr denkbar ohne die christlichen Gewerkschaften.

Diese Unentbehrlichkeit im wahren Sinne des Wortes beruht zunächst in ihrer erzieherischen Kraft, die sie unmittelbar auf ihre Mitglieder und auf — ihre Gegner selbst ausübt. Es ist keine Brause, sondern wahre und wirkliche Tatsächlichkeit, deren sich jeder, aber auch buchstäblich jeder Arbeiterpräsident bewußt ist: die arbeitsfreudigsten, aber auch unverrückbar zielstreueren Arbeitercharaktere gehören fast ausnahmslos den christlichen Gewerkschaften an. Aber weit entfernt, daß sich diese Charakterfestigkeit als unangenehmes oder wohl gar unreligiöses Selbstbewußtsein geltend macht, richtet sie sich durchweg ausnahmslos erzieherisch gegen sich selbst und bringt den Mann zur Selbstzucht auch in bezug auf Pflichterfüllung auf der Arbeitsstätte sowohl wie auch im bürgerlichen und kirchlichen Leben, zur Enthaltensamkeit, zur Selbstbeherrschung. Und wenn auf dem Gewerkschaftskongress in Dresden alle Welt staunend sich ansah und nicht wußte, wie ihr geschah, ob solcher Behandlung der schwierigsten Probleme, so konnte das keinen überraschen, der die christlichen Gewerkschaften und Gewerkschaftler jeder Tag zu beobachten hat. Ruhig darf sogar behauptet werden, daß dieses Verhalten in Dresden gar nicht einmal ausschließliche Eigentümlichkeit der Führer ist, sondern daß gleiches und ähnliches in jedem einzelnen Gewerkschaftler zur Geltung komme. Das ist die Erziehungsarbeit, die die christliche Gewerkschaft leistet, die ihre Mitgliederzahl nach Höhem und Höherem auf wirtschaftlichem Gebiete streben läßt, die sie aber auch in geradezu bewundernswürdiger Weise veranlaßt, ruhig abwägend alle Umstände zu überdenken und sich durch sie ohne revolutionäres Aufbegehren bestimmen zu lassen. Das ist eine Erziehungsarbeit von Jahren, eine Erziehungsarbeit, die nur der festbegründete Geist großer Massen zu leisten vermag.

Rechnet die christlichen Gewerkschaften weg, und es ist gar nicht denkbar, daß dann dieser sozial bedingungslos notwendige Geist in den Massen bleibt. Würden die christlichen Gewerkschaften verschwinden bzw. verschwunden sein, dann würde entweder das jetzt infolge der christlichen Gewerkschaften in Schranken gehaltene maßlose Selbstbewußtsein der einen Gegner mit seiner revolutionären Diktatur die Massen erobern oder die fälschliche und charakterlose Friedensdummelei der andern. Beide würden zu sozialen Verhältnissen führen, die gewalttätig sich selbst befreien würden, nur mit dem Unterschiede, daß die ersteren unmittelbar darauf zu feuern, die letzteren mittelbar, etwa über die Stationen der Zustände im alten Römerreiche zur Straßenszeit oder der französischen Verhältnisse vor der großen Revolution.

Solche fürchterlichen Aussichten werden wesenlos durch, aber auch soweit sich bis jetzt übersehen läßt, nur durch die christliche Gewerkschaft; denn einerseits sucht sie durch zielstrebiges Eintreten von wesentlich günstigeren Arbeitsbedingungen, die den Arbeitnehmern ihren Anteil am Bestimmungsrecht nicht vorzuenthalten und dabei Entlohnungen vorzieht, die eine anständige Lebenshaltung ermöglichen, jede Anhäufung von sozial-revolutionären Bündnissen zu vermeiden, andererseits baut sie in ihrem Wirken ein System auf und aus, das allein zu einem dauernden, aber auch von Grund aus gesundem Frieden führt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Und kann je ein goldenes Zeitalter das soziale Leben der Menschheit beglücken, so ist gar kein Weg auffindbar als derjenige, der über die machtvollen heideneischen christlichen Gewerkschaften führt, die im tiefen Rechtsbewußtsein sich selbst und andere erzogen hatten, jede Einseitigkeit in der Rechtszueignung zu hassen.

Sollten solche Gewerkschaften je verschwinden dürfen, ohne einen sozialen Schaden, der nie wieder gut zu machen wäre!“

Mißbrauch der päpstlichen Enzyklika. Die Firma Heintz Riffing, Devotionalienfabrik in Mendon (Westf.), die den Titel Päpstlicher Hoflieferant führt, hat die christlich-organisierten Arbeiter am vergangenen Montag ausgesperrt, weil in einer anderen Fabrik, Schmöle u. Co., deren Inhaber evangelisch sind, Lohnstreikigkeiten mit den christlich organisierten Arbeitern ausgebrochen waren. Die Aussperrung ist erfolgt auf einen Beschluß des Arbeitgeberverbandes. Die Firma Heintz Riffing beruft sich bei der Aussperrung darauf, daß den Arbeitern die Friedenshand geboten, von ihnen aber zurückgewiesen sei. Demgegenüber steht, so schreibt man der „Westf. Volksztg.“, fest, daß die Arbeiter jederzeit zu Verhandlungen bereit gewesen sind, die organisierten Arbeitgeber aber jegliches Verhandeln abgelehnt haben. Bei diesem Umstand erscheint es geradezu ungeheuerlich, daß die Firma Heintz Riffing, Päpstlicher Hoflieferant, folgenden Anschlag in der Fabrik, der die Enzyklika für ihre geschäftlichen Zwecke mißbraucht, veröffentlicht:

„Da nun von Seiten der Arbeitgeber das weitgehendste Entgegenkommen (man vergleiche hiermit die obigen Darlegungen, Red.) gezeigt, aber der Organisation es tatsächlich an gutem Willen der friedlichen Beilegung der Streitigkeiten mangelte, so sind wir leider gezwungen, die organisierten Arbeiter zu entlassen.“

In der Enzyklika des Papstes Pius X. heißt es: „Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Dinge außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinarbeiten. Alle seine Handlungen aber, insofern sie gut oder böse in sittlicher Hinsicht sind, d. h. insofern sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen, oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramt der Kirche unterworfen.“ Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofür sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesell-

schaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern.“

Hoffend, daß nach dem vorstehenden Passus der Enzyklika der organisierte Arbeiter soviel religiöses Gefühl und Gehorsam gegen Seine Heiligkeit besitzen werde, um die nicht außer Arbeit gesetzten Arbeiter, es sind 89, nicht durch Terrorismus zu belästigen, sondern diese in Frieden weiter arbeiten zu lassen, so werden diese nicht ausgesperrten Personen hiermit gebeten, am Montag ruhig ihrer Arbeit nachzugehen. Es wird ihnen jeglicher weitgehende Schutz zugeht und auch für die Folge von der Fabrikleitung zur Seite stehen. Die Redensart, sie möchten den ausgesperrten Arbeitern nicht in den Rücken fallen, ist vollständig hinfällig, da die Friedenshand, welche unsererseits der Organisation gereicht wurde, scharf zurückgewiesen worden ist. Das in den Rücken fallen ist somit auf anderer Seite zu suchen. Franz Riffing. Heintz Riffing.

Daß die Gebrüder Riffing in Mendon den Schutz ihres Profits als die Wahrung der „übernatürlichen Güter“ ansehen und die Arbeiter auffordern, „aus religiösem Gefühl und Gehorsam gegen „Seine Heiligkeit“ von ihren sicher geringen Forderungen abzusehen, ist nicht schlecht. Hoffentlich steht ein derartiger Gebrauch der päpstlichen Enzyklika einzig da. Was sagen die „Berliner“ zu solchen Dingen!

Das Beamtenheer der deutschen Sozialdemokratie. Der Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung der Beamten und Angestellten der sozialdemokratischen Bewegung bringt eine Statistik, aus der die Zahl der freigestellten sozialdemokratischen Beamten zu ersehen ist. Der Vereinigung gehörten an im Jahre

	1907	1908	1909	1910	1911
Arbeitersekretäre	105	111	121	134	143
Parteiangehörige	58	75	86	99	111
Gewerkschaftsangehörige	1039	1267	1448	1599	1718
Politische Redakteure	205	225	245	243	273
Krankentassen-Angehörige	74	82	91	92	95
Buchhandlg.-Angeh., Kontoristen	57	71	81	98	110
Erpedienten	185	204	224	257	284
Geschäftsführer	77	101	102	107	113
Schriftsteller	31	32	33	40	43
Berichterstatter	40	47	53	58	58
Summa 1871 2215 2424 2717 2948					

In Wirklichkeit dürfte die Zahl noch größer sein, da wohl nicht alle Beamten dieser Unterstützungsvereinigung angehören. Keine andere Partei oder Bewegung verfügt über ein solches Heer von Beamten, wie die sozialdemokratische. Die christliche Arbeiterbewegung, die längst nicht so viele freigestellte Agitatoren hat, ist deshalb in viel stärkerem Maße auf die Mitarbeit der einzelnen Mitglieder in der Agitation angewiesen.

Bund der Industriellen und Arbeitswilligen. Der große Ausschuss des Bundes der Industriellen hielt dieser Tage in Berlin eine Sitzung ab. Nach einem eingehenden Referat über die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen, erstattet durch Syndikus Dr. Stampf, nahm der Ausschuss einstimmig folgende bemerkenswerte Entschlieung an:

„Der Bund der Industriellen erklärt zur Frage der vielerseits geforderten Schaffung eines härteren Schutzes der Arbeitswilligen auf Grund der ihm mitgeteilten Erfahrungen seiner Landes- und Fachverbände, daß auf dem Gebiete des Arbeitskampfes beklagenswerte Mißstände vorhanden sind, deren Beseitigung dringend gewünscht werden muß. Ein allgemeines gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens hält der Bund nicht für ein dazu geeignetes Mittel. Ein solches Verbot wäre nur im Wege eines gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmengesetzes denkbar, dem wegen der zu erwartenden Verschärfung des Arbeitskampfes, einer weiteren Radikalisierung der Arbeitermassen, der Zurückdrängung der nationalen Arbeiterbewegung unbedingt zu widerstehen ist. Der Bund der Industriellen fordert vielmehr, daß versucht wird, im Rahmen der jetzigen Gesetzgebung durch entsprechende Anwendung der gegebenen Machtmittel seitens der ausführenden Organe die Achtung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu dem Ansehen des Staates wiederherzustellen, sowie die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Er ist der Überzeugung, daß der jetzige Rechtszustand es erlaubt, vor allem die Ausschreitungen bei dem Streikpostenstehen in einem sehr viel weitergehenden Maße, als es seither geschieht, zu verhindern. Für nötig erachtet er aber eine Verschleimung des Strafverfahrens. Der Bund der Industriellen hält eine Erweiterung der Gesetzgebung nur im Rahmen des gemeinen Rechtes für möglich und in dem Sinne für geboten, daß Normen geschaffen werden, die die Willensfreiheit der einzelnen, sein Recht auf ungehinderte Berufsausübung und seine persönliche Integrität bei der Arbeit garantieren. Er wünscht die Beseitigung der in § 152, 2 der Reichsgewerbeordnung begründeten Ausnahmestellung der gewerblichen Berufsvereine und die Einführung einer Verpflichtung für sie zum Erwerb der Rechtsfähigkeit sowie die Statuierung der Haftung der Berufsvereine für die Tätigkeit ihrer Beamten. Im übrigen empfiehlt der Bund als wirksame Abwehrmittel tatkräftige Förderung der deutschen Arbeitgeberorganisation und der Streikentschädigungs-idee.“

Diese Stellungnahme sieht immerhin vorteilhaft ab gegenüber derjenigen der Unternehmerkreise um die „Arbeitgeber-Zeitung“ und die „Deutsche Industrie-Zeitung“. Erfreulich ist vor allem die ablehnende Haltung gegenüber einem Verbot des Streikpostenstehens. Auf die Motive kommt's ja nicht an. Daß die bestehenden Gesetze genügen, um etwaige Ausschreitungen zu ahnden und vor solchen abzuwehren, ist auch unsere Ansicht. Und sie werden angemahnt. Der Arbeiter wird für Streikvergehen in der Regel weit härter bestraft, wie Personen anderer Kreise für ähnliche Delikte. Die gelegentlich des letzten Ruhrbergarbeiterstreiks über die Streikfänger verhängten Strafen sind Beweis genug. Gegen den nötigen Schutz der Willensfreiheit des Einzelnen und des Rechtes auf ungehinderte Berufsausübung haben wir nichts einzuwenden. Nur muß dann auch der von den Unternehmern

ausgeübte Koalitionszwang, sowie die Koalitionsverhinderung getroffen werden. Auch gegen die Einführung einer Verpflichtung der Berufsvereine zum Erwerb der Rechtsfähigkeit haben wir keine grundsätzlichen Bedenken, sofern diese Rechtsfähigkeit so beschaffen ist, daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften durch sie nicht eingeengt wird.

Die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine hat, wie wir schon des öfteren beweisen konnten, große Lächer. Die alte Liebe zur linksliberalen Fortschrittspartei kommt hin und wieder ungeschminkt zum Vorschein. Dafür ein neues Beispiel. Vor einigen Wochen fanden in Württemberg die Wahlen zum Landtag statt. Im Wahlbezirk Oberndorf a. N. sprach der bekannte Erbkönig aus Berlin in einer liberalen Wahlversammlung in Schramberg über: „Liberaler Arbeiterpolitiker“. Es handelte sich hier ausschließlich um eine Wahlversammlung der fortschrittlichen Volkspartei.

Wir sehen hier erneut, wie die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine offen Zutreiberdienste für die linksliberale Fortschrittspartei leisten. Im gleichen Wahlkreis kandidierte ein Mitglied der christlichen Gewerkschaften als Kandidat der Zentrumsparlei. Den christlichen Organisationen ist es aber nie eingefallen, ihre Mitglieder zu den Versammlungen der betr. Partei einzuladen. Wir sehen aus diesem Beispiel, auf welcher Seite parteipolitische Neutralität wirklich geübt wird.

Sozialdemokratie und Konsumvereine. Nicht nur auf gewerkschaftlichem, auch auf dem Gebiete der Konsumvereinsbewegung sollen die christlichen Arbeiter Schuld an der herrschenden Zersplitterung sein. Das behauptete in den letzten Tagen noch ein in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse erschienener Korrespondenzartikel. Natürlich wird dabei versucht, die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereine als wirklich neutral hinzustellen. Was es mit dieser Neutralität für eine Bewandnis hat, haben ja die Beschlüsse des internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen und des sozialdemokratischen Parteitages zu Magdeburg genügend gezeigt. Und die sozialdemokratische Presse ist nach Kräften bemüht, die Genossen ständig im Sinne dieser Beschlüsse zu beeinflussen. So gibt die im Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher (soziald.) Konsumvereine aufgestellte Behauptung: Keine Partei nehme eine einheitliche Stellung zur Konsumvereinsfrage ein, dem „Vorwärts“ (Nr. 267, 1912) Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Die Stellung der Sozialdemokratie ist eine klare. Sie hält die genossenschaftliche Tätigkeit für eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Arbeiterklasse und unterstützt die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine. In sozialistischem Geiste sollen und müssen die Sozialdemokraten in den Konsumvereinen wirken, damit die Konsumvereine nicht aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse zu einem Mittel herabsinken, das den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin schwächt.

In derselben Nummer beschäftigt sich der „Vorwärts“ mit einem vom Genossenschaftsrat des Konsumvereins für Berlin und Umgebung eingesandten Sitzungsberichtes. Hierbei bemerkt er wiederum:

Es ist niemanden eingefallen, zu verlangen, daß die Genossenschaft sich sozialdemokratisch nennen soll. Was verlangt wurde war, daß eine Konsumgenossenschaft, die im Sinne der Arbeiterklasse wirken will, mit sozialistischem Geiste durchdrungen sein soll, und daß die Furcht, sich als Sozialdemokrat offen zu bekennen, eine durch nichts begründete Mangelhaftigkeit darstellt. Die Genossenschaftsbewegung in Berlin ist erst erparnt, nachdem Partei und Gewerkschaft sie aus den Steinschneiderischen Bahnen herauszuführen versucht haben. Sie wird weiter erparnt, wenn sie entsprechend den Parteitagsbeschlüssen mit sozialistischem Geiste erfüllt wird. Wenn die Leitung der Genossenschaft, wenn der Genossenschaftsrat sich dagegen sträuben, müssen die Mitglieder selber auf den Plan treten und die Genossenschaft in ihrem Sinne ausgestalten.

Das ist klar und deutlich. Selbst wenn die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine oder des einzelnen Konsumvereins den ehrlichen Willen hätte, wirkliche Neutralität zu üben, sie könnte es nicht, wenigstens auf die Dauer nicht. Die von der Parteipresse beeinflusste Masse wird schon für die Durchdringung der Konsumvereine mit sozialistischem Geiste Sorge tragen. Für die christlich gesinnte Arbeiterschaft ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, eigene Konsumvereine ins Leben zu rufen und diese dem auf wirklich neutraler Grundlage beruhenden westdeutschen Verbände anzuschließen.

Aus unserer Industrie.

Der Außenhandel mit Wollgeweben.

Welche Textilerzeugnisse man auch ins Auge faßt, immer stellt sich heraus, daß der Absatz im laufenden Jahr ins Stocken geriet. So hat auch der sehr bedeutende Export von wollenen Kleiderstoffen, Welprestüchern und

dergleichen in den verfloffenen Monaten nachgelassen. Gerade in den Herbstmonaten hat sich die Situation eher noch verschlechtert. Im neunten Monat des Vorjahres exportierte die deutsche Industrie 25 936 Doppelzentner wollenen Kleiderstoffe, bewertet mit 22,02 Mill. M.; für September 1912 stellte sich die Ausfuhr der nämlichen Produkte auf 22 480 Doppelzentner; dem Werte nach ergab sich ein Rückgang um 3,60 Mill. M. In den ersten drei Quartalen d. J. hat der Absatz von wollenen Kleiderstoffen deutscher Herkunft im Ausland bereits um 10 306 Doppelzentner abgenommen; dem deutschen Wollgewerbe entfiel dadurch ein Einnahmeverlust von 10,78 Mill. M. Besonders stark war der Rückgang in der Ausfuhr nach der Türkei, die von Januar bis September 1911 insgesamt 17 219 Doppelzentner, heuer nur 13 321 Doppelzentner deutsche Wollgewebe bezog. Von den anderen Balkanländern hat Serbien in der Berichtszeit nur 1185 gegen 1314 Doppelzentner im Vorjahr aufgenommen. Dagegen wuchs die Ausfuhr nach Bulgarien noch von 1538 auf 2011 Doppelzentner, nach Rumänien von 4617 auf 4639 Doppelzentner. Auch hier wird indes von Oktober ab ein merklicher Rückgang festzustellen sein. Noch einige der wichtigsten übrigen Absatzgebiete seien angeführt: Großbritannien kaufte von Januar bis September des Vorjahres 25 840 Doppelzentner wollenen Kleiderstoffe in Deutschland; seine diesjährige Entnahme stellt sich auf 26 517 Doppelzentner. Die Lieferungen nach der Schweiz gingen von 13 789 auf 13 447 Doppelzentner zurück; Britisch-Indien bezog 10 023 Doppelzentner, d. h. 478 Doppelzentner weniger als von Januar bis September 1911.

Der Balkankrieg und die sächsisch-thüringische Textilindustrie.

Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß der Krieg am Balkan der deutschen Textilindustrie schadet. Zunächst ist es die Webereindustrie von Oera-Oreitz und den benachbarten Bezirken, bei denen das Geschäft nach den Balkanländern ins Stocken geraten ist. Schätzungsweise wird behauptet, daß diese Industriebezirke mit 5 bis 6 Mill. M. Außenständen in den Orient- und Balkanländern zu rechnen haben. Ist auch gegenwärtig noch nicht abzusehen, was davon verloren wird, so wird es sicher ohne Verluste nicht abgehen. Auch bei der Phantasiemollwarenfabrikation in Apolda hat der Balkankrieg ungünstig auf die Geschäftslage eingewirkt und der Strumpfindustrie sind zum Teil belangreiche Aufträge nach jenen Ländern vorläufig sistiert worden, bis eine Klärung der Lage eingetreten ist. Auch die sächsisch-plauensche Spitzen- und Stickerindustrie hat Verluste an Aufträgen zu verzeichnen.

Die deutsche Textilindustrie und der Balkan.

Von Dr. Lochmüller, Dresden.*

Die Balkanstaaten haben bisher für unsere Ausfuhr von Textilwaren eine verhältnismäßig geringe Bedeutung gehabt. Am meisten setzten wir noch ab an Rumänien und an die europäische Türkei. Im vergangenen Jahre belief sich unsere Ausfuhr von wollenen Kleiderstoffen nach Rumänien auf 9 Millionen Mark und nach der europäischen Türkei auf 8,5 Millionen Mark. Von Baumwollwaren gingen hauptsächlich Hüntgewebe, gefärbte und bedruckte Gewebe nach dem Balkan, und zwar nach Rumänien für 4,4 Mill. Mark und nach der Türkei für 4,2 Mill. Mark. Unsere gesamte Textilwarenausfuhr nach Bulgarien belief sich dagegen auf etwas über 3 Mill. Mark, nach Serbien auf 2,5 Mill. Mark und nach Griechenland auf noch nicht 2 Mill. Mark. Den Handelsbeziehungen zwischen uns und den Balkanländern hat es bisher entschieden an Vertrauen gefehlt. Dies ist zum großen Teil dadurch zu erklären, daß jene Länder in weitesten Kreisen unbekannt sind. Im allgemeinen werden sie als unwirtlich und rückständig angesehen, und die Kaufleute, die gute Erfahrungen dort unten gesammelt haben, behalten diese aus guten Gründen für sich. Nun sind auf dem Balkan Ereignisse eingetreten, die in atembeklemmender Schnelligkeit alle Voraussetzungen und Erwartungen der Diplomatie zunichte gemacht haben.

Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, im Sommer dieses Jahres die Balkanländer bereist hat, war sicherlich erstaunt über die wirtschaftlichen Fortschritte, die jene Länder gemacht haben. Allein, so viel militärische Ueberlegenheit, so viel zielbewusste Energie konnte man ihnen doch nicht ohne weiteres zutrauen. Der Verlauf des Krieges lehrt uns, daß wir an die Balkanstaaten einen anderen Maßstab anlegen müssen als bisher, daß wir eine Umwertung unserer Begriffe und Auffassungen vornehmen müssen, die eine große Bedeutung für die Zukunft haben. Nach dem bisherigen Verhalten der europäischen Diplomatie wird man annehmen müssen, daß der Status quo auf dem Balkan sein Ende erreicht hat und daß der europäische Besitz der Türkei zu einem Minimum zusammenschnelzen wird. Der Liquidator der Masse wird in erster Linie Bulgarien sein, das seinen Besitz bis zum Ägäischen Meer ausdehnen wird. Die zukünftige Entwicklung der bisherigen Gebiete der Türkei unter slawischer Herrschaft beansprucht das Interesse der gesamten deutschen Exportindustrie, darunter nicht zum mindesten der Textilindustrie.

Mit aller Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß Serbien und Bulgarien ihr Gebiet bedeutend erweitern werden. Dieser Gebietszuwachs wird planmäßig besiedelt und wirtschaftlich entwickelt werden. Die Folge eines siegreichen Krieges ist bekanntlich immer ein wirtschaftlicher Aufschwung. Dieser wirtschaftliche Aufschwung wird nicht bloß den Stammländern, sondern auch den neu hinzukommenden Gebietsteilen, die bisher für die europäische Kultur nur in ganz geringem Maße zugänglich waren, zugute kommen. Erfüllt von den Träumen altserbischer Herrlichkeit, wird das serbische Volk bemüht

* In der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie.“

sein, die Hauptstadt des ehemaligen serbischen Kaiserreichs, Ueskub, auszubauen, und zu einer modernen Residenz zu gestalten. Die Woberentierung Belgrads wird fortgeschritten. Bulgarien wird in Zukunft noch weit mehr als heute auf wirtschaftliche Fortschritte bedacht sein. Sein ungeheurer Gewinn an Prestige wird ihm Geldquellen eröffnen, und die Kaufkraft seiner Bewohner wird wachsen. Die deutsche Industrie erfreut sich schon jetzt in den Balkanstaaten großen Ansehens, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Vorliebe für deutsche Waren in Zukunft noch steigen wird.

Für die deutsche Textilindustrie ergeben sich aus zwei Gründen besonders günstige Aussichten. Die bisherigen Konkurrenten Deutschlands waren England, Italien, und Oesterreich-Ungarn. Oesterreich ist besonders in Serbien nicht beliebt. Der politische Gegensatz hat sich seit der Anexionskrise noch verschärft, und der Wunsch der Serben geht dahin, mit Deutschland in engere geschäftliche Beziehungen zu kommen. Auch in Bulgarien sind die Sympathien mehr auf Seiten Deutschlands als Oesterreichs. Was Italien anbelangt, mit dem wegen seiner Billigkeit nur sehr schwer zu konkurrieren war, so hat es durch seinen Friedensschluß mit der Türkei Mißstimmung erweckt. Obwohl durch diesen Friedensschluß der Türkei tatsächlich nicht geholfen war, kam die Sache den Balkanstaaten doch nicht gelegen. Bei dem aufs äußerste aufgestachelten Nationalgefühl der Balkanlawen ist jedenfalls anzunehmen, daß die Mißstimmung gegen Italien auch nach Beendigung des Krieges anhalten wird. Da also zwei unserer wichtigsten Konkurrenten für mehr oder weniger lange Zeit ausgeschaltet werden, bietet sich uns die Gelegenheit, Terrain zu gewinnen.

Man macht sich bei uns oft eine falsche Vorstellung von den Verhältnissen, weil tatsächlich nur wenige von uns jene Länder aus eigener Anschauung kennen. Jeder Reisende, der nach dem südöstlichen Europa fährt, wird mit dem guten Rat entlassen: „Nehmen Sie nur ja recht viel Insektenpulver mit.“ Die Zustände waren aber schon vor dem Kriege ganz anders als sie vor einer Reihe von Jahren gewesen sein mögen, man ist erstaunt über das moderne Gewand, das bereits Städte von 30 000 Einwohnern tragen. Noch mehr ist man erstaunt über die Verbreitung der deutschen Sprache. Jeder Kaufmann spricht, man mag kommen, wohin man will, wenigstens so viel deutsch, daß man sich gut mit ihm verständigen kann. Wir haben bisher hauptsächlich einen Fehler in der Beurteilung der dortigen Verhältnisse begangen, wir haben gewöhnlich Rumänien überschätzt und Serbien und Bulgarien unterschätzt. Die sozialen Verhältnisse in Rumänien sind total ungesund. Eine Oberschicht von ca. 4000 Großgrundbesitzern besitzt ca. 60 Prozent des bebauten Grund und Bodens, während sich über 3 Millionen Bauern in das übrige Land teilen. Das öffentliche Leben in Rumänien trägt vielfach den Stempel der Unsolidität, und von Kaufleuten hört man vielfach Klagen, daß sie unredlich wären. Die große Masse der serbischen und bulgarischen Kaufleute ist durchaus vertrauenswürdig. Der Bulgare ist arbeitssam, nüchtern und sparsam, und auch der Serbe ist weit besser als sein Ruf. Selbstverständlich kann man nicht dafür garantieren, daß man nicht doch schlechte Erfahrungen macht. Aber gibt es nicht auch bei uns Schwindler genug? Wenn man sich der Vermittlung guter Vertreter bedient, wird man kaum Gefahr laufen.

hoffen wir, daß nach Beendigung des Krieges keine europäischen Verwicklungen entstehen und daß nun endlich Ruhe und Frieden auf dem Balkan eintreten.

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Vorstände und Vertrauensleute.

Um noch in der Nummer dieser Woche über den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß berichten zu können, hat sich der Druck und damit auch der Versand der Zeitung um einen vollen Tag verzögert.

Unsere Vertrauensleute und Vorstände müssen das mit Hinblick auf die Wichtigkeit der Sache entschuldigen.

Mit kollegialem Gruß

Redaktion und Expedition.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichtersteller in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 30. November, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat November ist. Vier Tage nach Schluß des Monats, also spätestens am 4. Dezember, müssen die Arbeitslosen-Berichtskarten (graue Monatskarten) an die Zentrale eingesandt werden. Wir ersuchen die Ortsgruppen um Zusendung der Berichte, damit Mahnungen vermieden werden. Die Zentralkasse.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Hannover-Binden.

Kürzlich wurde auf der mechanischen Weberei A.-G. hiersebst, eine Lohnbewegung beendet, die in ihren Anfängen schon lange Zeit zurück liegt.

Es wurde erreicht, an Stelle der bisherigen Leuerungszulage, eine Lohnzulage von 3 Pfg. pro Stunde für die Lohnarbeiter, für die Akkordarbeiter eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 5-8%.

In seiner Nr. 46 bringt nun das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes einen Bericht über die Bewegung, in der es u. a. heißt: „Man erklärten die Christlichen, allein eine Lohnbewegung zu arrangieren.“

Sie schrieben unsere Forderungen ab, wählten eine Lohnkommission und reichten die Forderungen ein. Von der Direktion mußten sich diese Genossen erst klar machen lassen, daß es so etwas nicht gibt. Sie zwang die Christen, nunmehr mit unseren Leuten zusammen in einer Kommission zu sitzen usw.

Dieses Geschreibsel ist natürlich Blödsinn. Wir waren für die Durchführung der Lohnbewegung und haben sie mitgemacht. Unsere Forderungen waren natürlich die schon früher von der Gesamtbelegschaft gewünschten Verbesserungen. Niemals haben wir daran gedacht, nicht gleichzeitig mit den Vertretern des roten Verbandes bei der Direktion vorstellig zu werden und dort zu verhandeln. Wir wollten soweit gemeinsam vorgehen, wie es uns eben möglich war. Allerdings haben wir es abgelehnt, wenn gewisse Genossen in die Lohnkommission gewählt würden, uns an dieser Kommission bzw. dessen Sitzungen zu beteiligen. Mit voller Berechtigung geschah dieses. Wir müssen es ablehnen, mit Personen, die unsere Mitglieder unberechtigtweise zu denunzieren versuchten, in einer Kommission zusammen zu arbeiten. Dieses war der Grund, warum wir mit den genannten Personen keine gemeinsamen Vorbereitungen machen wollten. Wenn unsere Vertreter mit diesen Genossen nur bei den Verhandlungen mit der Direktion zusammen kamen, so war dieses weiter nicht schlimm, denn dann war ihnen die Möglichkeit der Denunziation genommen.

Im übrigen sind wir froh, bei der Bewegung mit den Genossen keine vollständig gemeinsame Sache gemacht zu haben. So können wir auch nicht für die von ihnen begangenen Dummheiten verantwortlich gemacht werden. Beinahe wäre es den örtlichen Beamten des roten Verbandes noch in letzter Stunde gelungen, die Lohnaufbesserungen für ihre Mitglieder zum Scheitern zu bringen. Doch wird ihr die Abstimmung von Pfingsten eine so heilsame Lehre gewesen sein, daß sie hierdurch vor einer größeren Dummheit bewahrt blieben.

Auch haben wir uns einigermaßen gewundert, allerdings war es nach dem Verhalten gegen uns verständlich, wie sehr von einigen Genossen, besonders vom Genossen Pingel die notwendige Rücksicht auf die Mitarbeiter außer acht gelassen wurde. Bei der Verhandlung erklärte Pingel immer und immer wieder: Wir, die Kommissionsmitglieder, sind die Heher im Betriebe nicht. Dieses sind andere. Man beschleunigte also der Firma unaufgefordert, daß im Betriebe gehezt würde. Heute wundern sich unsere Herren Genossen, daß einer ihrer Vertrauensleute wegen Hezen und unkollegialen Benehmens gegen Mitarbeiter, aus dem Betriebe entlassen worden ist.

Und trotz alledem: Es geht nichts über die patentierten Arbeitervertreter im deutschen Textilarbeiterverband. Nur schade, daß andere Leute nichts davon wissen wollen.

Wittenbüren.

Seit einem halben Jahr stehen die Arbeiter der Firma Sweering u. Co. in Unterhandlung wegen Aufbesserung der Lohnverhältnisse. Immer sind dieselben hingehalten worden, ohne auch nur das geringste Entgegenkommen zu finden. Nunmehr haben am 16. November fast alle Arbeiter zum 30. November die Kündigung eingereicht.

Malmersteden (Ob.-G.).

Änderung der Lohnzahlungsperiode. Wie bereits in Nr. 46 der „Textilarbeiter-Zeitung“ gemeldet wurde, hat die Arbeiterschaft der hiesigen Kammgarnspinnerei A.-G. durch unseren Bezirksleiter eine Eingabe an die Firma gerichtet, dieselbe möge statt der bisherigen monatlichen Lohnzahlung die 14-tägige einführen.

Seute können wir berichten, daß die Firma dem Wunsch der Arbeiter in dankenswerter Weise entgegen gekommen ist. Es wurden mehrere Arbeiter aufs Kontor bestellt und diesen eröffnet, daß die 14-tägige Lohnzahlung ab 1. Januar 1913 eingeführt werde.

Die Arbeiter haben hier den Beweis dafür, daß durch besonnenes, ordnungsmäßiges Vorgehen mehr erreicht wird als durch Händeln und Schwadronieren hinter dem Rücken. Die Firma hat durch ihr Entgegenkommen ihren ernstlichen Willen bekundet, den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Die Aussperrung in der Württembergischen Textilindustrie.

Schon im Frühjahr, wo die Situation noch eine günstigere war, ist vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband eine Lohnbewegung eingeleitet worden, die sich auf sechs Betriebe erstreckte. Darunter war auch die Firma Bus u. Söhne, die den Ausgangspunkt für die jetzige Aussperrung bildete. Es wurden im Frühjahr gefordert: eine 15 prozentige Lohnerhöhung, Freigabe des Samstag-Nachmittags, Garantierung eines Minimallohnes, Beilegung der Streitigkeiten bei Schlichtern, Entschädigung für Zeitverlusten von der ersten Stunde an und Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung. Trotzdem von der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes alles verdruckt wurde, die Klassen aufzupeitschen, fanden die Forderungen kein besonderes Echo unter der Arbeiterschaft — der schwächliche Ausgang der Lohnbewegung vom Jahre 1907 war noch nicht vergessen — und man zweifelte nicht daran, daß es nur ein Agitationsmanöver war zu dem Zwecke, die unorganisierten Arbeiter in den Verband hineinzutreiben. Auch darüber war man sich im Klaren, daß es die Betriebsleitung nicht auf eine Kräfteprobe ankommen lassen und sich auch mit den minimalsten Zugeständnissen zufrieden geben würde.

So kam es auch. Als die Arbeitgeber eine Revision des Mindestlohnes vorgenommen und eine Erhöhung der Beilohnung von 3-6% bewilligt hatten, da wurde die

Bewegung abgebrochen, obwohl die in den Vorwerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen leer ausgingen. Man hatte nicht einmal erreicht, daß die Verbandsfunktionäre den Verhandlungen zugelassen wurden. Die sozialdemokratische „Freie Volkszeitung“ war naiv genug, einzugesehen, daß die Forderungen von den Vertrauensleuten nur formuliert wurden, um zu sehen, wie sich die Arbeiterschaft dazu stellt. Trotzdem nun die Arbeitgeber im Frühjahr eine Lohnerhöhung für die in den Vorwerken beschäftigten Arbeiter abgelehnt hatten mit der Begründung, daß in dieser Kategorie die Löhne zum Teil ohnehin schon in den letzten Jahren eine Steigerung erfahren, zum andern Teil in der jetzigen Höhe als auskömmlich bezeichnet werden müßten, wurde die Durchführung dieser Forderungen auf den Herbst verschoben.

Mittlerweile fanden die Stänkereien in der Göttinger Sozialdemokratie auf dem Höhepunkte und eine zugkräftige Parole zur Rettung des gefährdeten Landtagsmandates war notwendig. Es kam die neue Bewegung. Wie ist nun diese Bewegung eingeleitet worden und welche Gründe sprachen beim Einzug des Winters gegen einen Streik? Zunächst wurde ein Flugblatt verbreitet, welches den aufreizenden Titel führte: „Anlage gegen die unorganisierten Textilarbeiter in Göttingen und Umgebung. 140000 organisierte Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aus Deutschland und 900 aus Göttingen erheben Klage gegen euch, weil ihr, die ihr in der Textilindustrie arbeitet, bisher dem deutschen Textilarbeiterverband ferngeblieben seid.“ Diese Hege gegen die Unorganisierten wurde nur zu gut verstanden, und in dem Betriebe der Firma Bus u. Söhne setzte alsbald die Schikane ein. Die Spulerrinnen drangsalieren die unorganisierten Weber derart, daß sie sich genötigt sahen, eine Abordnung auf das Bureau zu schicken und dort vorstellig zu werden. Das terroristische Vorgehen der Organisierten hatte weiter zur Folge, daß die Unorganisierten eine Erklärung im „Hohenstaufen“ veröffentlichten, in welcher schonungslos das Gebaren der Spulerrinnen gebrandmarkt wurde.

Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband wollte den Kampf.

Dies geht schon hervor aus den Äußerungen der Spulerrinnen. Wie sorgsam die Forderungen vorbereitet und eingereicht wurden, geht daraus hervor, daß während der Unterhandlungen, nachdem die Firma einmiges Entgegenkommen zeigte, neue Forderungen eingereicht wurden. In einem Versammlungsbericht der „Freien Volkszeitung“ wurde erwähnt, daß diese Position von der Kommission bei der ersten Verhandlung vergessen worden sei! Jedenfalls hat die Erweiterung der Forderungen während den Unterhandlungen wesentlich zur Verschärfung der Situation beigetragen. Die „Freie Volkszeitung“ schreibt in Nr. 230 u. a.: „Nachdem, was sich bis jetzt voraussehen läßt, nimmt die Aussperrung auch in Ebersbach einen größeren Umfang an, was unserer Meinung nach nichts schadet. Sie trägt dazu bei, die gleichgültige Textilarbeiterschaft endlich einmal aufzurütteln.“

Bei der Lohnbewegung im Frühjahr hatte sich die Arbeiterschaft auch mit kleinen Konzessionen zufrieden geben müssen, trotzdem das Streitobjekt einen Kampf wert gewesen und die Voraussetzungen für einen guten Ausgang bedeutend günstigere waren. Dazu waren damals viele Hunderte von Arbeitern an der Besserstellung interessiert, während jetzt nur 29 Arbeiterinnen an der Bewegung beteiligt waren, und auch diese sind Zugeständnisse gemacht worden. War es im Frühjahr möglich, die Arbeiterschaft zur Annahme des Gebotenen zu bewegen, so hätte dies auch aus taktischen Gründen bei den 29 Arbeiterinnen der Fall sein müssen, wenn man nicht systematisch auf einen Kampf hingearbeitet hätte.

Da bei derartigen Aktionen auch die öffentliche Meinung ein Faktor ist, der von großer Bedeutung werden kann, so hätte auch diese berücksichtigt werden müssen. Und diese Rücksicht gebot, es nicht zum äußersten kommen zu lassen, denn die Sympathien der Bevölkerung waren nicht auf Seite der Arbeiter. Wäre dies aber noch der Fall gewesen, so würden sie sich noch jedes Mißgeschick verdrängt haben durch die öffentliche Demonstration unter Führung des Genossen Kinkel, jenes Mannes, der von der Ortsratskassette wegen Fälschung von Kontrollzetteln entlassen werden mußte und dem gerichtlich bestätigt wurde, daß er ein Mensch von niederer Gesinnung sei. Diese Demonstration zeigte aber zur Genüge, daß die Schieber der ganzen Klasse im radikalen Lager der Sozialdemokratie zu suchen sind, denen die Aussperrung zur Schürung des Klassenkampfes und Klassenhasses neue Nahrung bot.

So wurden also alle gegen den Streik sprechenden Beweggründe mißachtet und die Arbeiterinnen in einen aussichtslosen Streik hineingehetzt, durch den jetzt Hunderte von Familien in bittere Not und in großes Elend gebracht worden sind. Welche Zustände dieses sinnlose Vorgehen gezeitigt hat, zeigt so recht eine Erklärung des früheren Verbandenmitgliedes und Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereines in Groß-Göttingen:

Erklärung.

Im Namen der arbeitenden Weber und Weberinnen der hiesigen Weberei habe ich folgendes zu erklären: Ungerechterweise wird uns noch heute die Schuld an dem Streik beigemessen, indem gesagt wird, daß der Streik sofort ausgemessen wäre, wenn wir mitgegangen hätten. Wir glauben beides nicht. In der Welt ist es einmal so: macht einer einen Fehler, so will er die Schuld nicht heben und sucht ein Kackel hierfür. Mit Eifer und Siegesgewißheit wurde in den Streik gezogen, jede Aussprache war bei der Erregung unmöglich. Es hieß, man fange nicht eher wieder zu arbeiten an, als bis wir alle drangesen seien. Wir dagegen haben noch nie gesagt, daß wir mit den Streikenden und Aussperrten nicht mehr weiterarbeiten werden. Wir sollen heute noch die Arbeit verlassen, während man den Organisierten nahegelegt, über ihr Verhältnis zur Organisation die Unwahrheit zu sagen und weiterzuarbeiten. Das ist doch der Gipfel des

Unrechts. Und das Bild von heute: Weber streifen um ihre Männer gehen zur Arbeit und machen die Streikbrecher. Die Folge davon ist Streit und Händel in den eigenen Familien. Da wäre es doch besser, der Streik würde sobald wie möglich beigelegt. Unsere Namen wurden veröffentlicht, jedoch nur um deswillen, uns in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Der uns bekannte Einfender hatte jedoch nicht den Mut, auch sein W. darunter zu setzen. Möge es doch auch die Namen veröffentlichen, welche die Leute in dem Streik getrieben haben? Oder sollen wir es tun? Nachdem dem Streik werden wir noch ein Wörtchen miteinander reden und zeigen, wo die wahren Arbeiterzerstörer sind und warum wir uns weigern, uns von solchen Leuten am Gängelbande führen zu lassen. J. W.

Auch dem Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Widmann, in Göttingen müssen Bedenken über die famose Taktik des Textilarbeiterverbandes gekommen sein. Er versandte ein Zirkulär an einige Mitglieder und schickte eines davon glücklichweise auch an ein Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes. Darin heißt es u. a.: „Ich will mich über die Frage der Zweckmäßigkeit des Vorgehens nicht äußern und gebe Ihnen zu, daß man verschiedener Meinung sein kann.“

Da Widmann Revisionist ist, so hat er sich nicht über in die Tinte gesetzt durch sein unkluges Handeln, für uns ist das aber ein weiterer Beweis, daß die Taktik des deutschen Verbandes eine grundfalsche gewesen ist.

Vielleicht fällt dem Geschäftsführer Masfuth in Göttingen in stillen Stunden auch wieder ein, was er auf der Verbandsgeneralversammlung in Stuttgart anlässlich der Debatte über die Beschlussvorlage der Beamten ausgeführt hat. Er sagte: „... Bedenken habe ich dagegen, ob es richtig ist, nun jedem einzelnen, der bei uns angestellt wird, diese Löhne zu zahlen. Manches einer ist durchaus nicht so tüchtig, daß sich die Zahlung eines solchen Gehaltes gebiete. Ich sehe auf dem Standpunkte, daß die Angestellten, die die Verbandsgeschäfte nur unter erschwerten Umständen, also zur knappen Not, leisten können, ihre Sachen paden müssen. Hier muß der Vorstand strengere Maßregeln ergreifen.“

Aus unseren Bezirken.

Aus dem badischen Albtales.

Nun hat die in allen Gauen unseres deutschen Vaterlandes stetig vorwärtstreibende christlich-nationale Arbeiterbewegung auch im Albtales bei Ettlingen ihren Einzug gehalten. Zwar ist es nicht das erste Mal, daß sich die Textilarbeiter des Albtales organisieren, denn schon in den Jahren 1897 bis 1906 bestand eine Lokalorganisation, gegründet und geleitet von dem verstorbenen Herrn Redakteur und späteren Bürgermeister Häffner in Ettlingen. In seiner Blütezeit mag dieser Verband 700 bis 1000 Mitglieder gehabt haben. Manches gute wurde erreicht, als jedoch Herr Häffner sich vom öffentlichen Leben zurückzog und nach Freiburg in Breisgau überiedelte, fehlte eine geeignete Führung und der Lokalverband ging zurück. Ein kleiner Rest trat in unseren Zentralverband über. In den Jahren 1906 bis 1909 wurden dann an verschiedenen Orten des Albtales Ortsgruppen unseres Verbandes gegründet, und es war nicht mangelndes Interesse der Arbeiter, was diese wieder eingehen ließ, sondern falsche Auffassungen gegenüber der Zentralorganisation und Mißtrauen über die Verwendung der Gewerkschaftsgelder, sowie konfessionelle Zwietracht. Diese Gründe, von außenstehenden noch geschürt, führten zur Auflösung. Seit 1909 fehlte im ganzen Albtales für die Textilarbeiter jede Organisation.

In den letzten Wochen hat nun wieder eine lebhafteste Organisationsbewegung eingesetzt und immer mehr dringt die Erkenntnis durch, daß es ohne eine tatkräftige Arbeiterorganisation auf die Dauer nicht geht. In fast allen Orten des Albtales wurden Versammlungen abgehalten, in denen unser Bezirksleiter Kollege Rümmele aus Lörrach, sowie Gesamtverbandssekretär Erling aus Karlsruhe u. a. sprachen. Auch fand am 3. November in Fischweier eine gutbesuchte Konferenz für die Vertrauensleute aus sämtlichen Orten statt. Überall wurde beschlossen, dem christlich-nationalen Textilarbeiter-Verbande beizutreten. Bis heute sind bereits folgende Ortsgruppen gegründet: Ettlingen, Busenbach, Reichenbach, Langen-Reinbach, Spielberg, Spejart, Schöllbronn, Schluttenbach und Ehenrot. Einige weitere Orte werden noch folgen. Die Mitgliederzahl beträgt bereits einige Hundert und ist fortwährend im Wachsen begriffen.

Die Textilarbeiter des Albtales haben aus den früheren Vorgängen genug gelernt; sie lassen sich jetzt von Außenstehenden nicht mehr auseinanderreißen; sie lassen auch nicht mehr von dritter Seite Zwietracht und Mißtrauen in ihre Reihen säen. Die Textilarbeiter wissen, daß, wenn es mit ihrer Lage besser werden soll, nur Einigkeit und treues und ehrliches Zusammenarbeiten aller helfen kann. Und nun vorwärts auf der ganzen Linie!

IX. Agitationsbezirk Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Die diesjährige ordentliche Gaukonferenz für den Gau Oberlausitz und Gau Vogtland fand für beide Gane gemeinsam am 6. Oktober in Dresden statt. Als Vertreter des Zentralvorstandes waren Kollege Jakob Pech aus Krefeld und Kollege Heinrich Camps aus Münter anwesend. Aus dem Berichte des Bezirksleiters entnehmen wir folgendes: Im Bereiche des Bezirks sind wohl über 400 000 Personen in der Textilindustrie beschäftigt. Die Zahl der Arbeiterinnen ist überwiegend. Infolge der schlechten Löhne der Männer sind auch sehr

viele verheiratete Frauen gezwungen, mit erwerbstätig zu sein. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier in den roten Domänen stehen gegenüber Rheinland-Westfalen, wo unser Verband dominiert, weit zurück. Die Geschäftslage war nicht beständig. Die Arbeitgeber haben ihr Verhalten uns gegenüber noch nicht geändert. Höfliche Eingaben ließ man unbeantwortet. Die Genossen gehen vielfach mit den Scharfmachern Arm in Arm hauptsächlich dann, wenn es gegen die verhassten Christlichen geht. Der Machtknübel der Genossen andersgearteten gegenüber führt oft zur brutalen Gewalt. Als Spezialität wird in letzter Zeit das Ausschalten der Christlichen betrieben. Jedenfalls deshalb, um angesichts der mageren gewerkschaftlichen Erfolge die Massen politisch besser verhalten zu können. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband stellte oft vor den christlichen Versammlungslökalen Posten aus, um die Arbeiterschaft von den Versammlungen fernzuhalten. Wir mußten unser Hauptaugenmerk auf eine systematische Kleinarbeit richten. Diese ist sehr schwierig, weil es oft an den nötigen Mitarbeitern fehlt. Doch muß auch lobend anerkannt werden, daß an einigen Orten unsere Mitglieder opferfreudig mitgearbeitet haben. Von der bürgerlichen Presse werden wir nicht überall genügend unterstützt. Nur eine kleine Anzahl von Zeitungen vertritt entschieden unseren Standpunkt.

Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 23 auf 30. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli d. J. 2142. Die Fluktuation war groß. Wir müssen deshalb nicht nur der Gewinnung neuer Mitglieder, sondern auch der Erhaltung des Mitgliederbestandes vermehrte Aufmerksamkeit schenken. Die Agitationskommissionen finden gerade hierin ein großes Gebiet der Tätigkeit.

Die Gesamteinnahme betrug	33 080,42 M.
An die Zentralkasse wurden abgeschickt	18 493,79 "
An Unterstützungen wurden gezahlt	9 672,22 "
Der Anteil der Ortsgruppen betrug	4 914,41 "
Die Ortsgruppenkassen hatten am 1. Juli einen Bestand von	2 887,81 "

Lohnbewegungen fanden in großer Zahl statt. In den Textilbetrieben der Niederlausitz wurde am 1. Oktober 1911 der langgewünschte Zehnstundentag auch für die Männer eingeführt. Die Arbeitgeber kamen hierbei aber den Wünschen der Arbeiterschaft betreffend Anfang und Schluß der Arbeitszeit, absolut nicht entgegen. Alte Rechte wurden ohne weiteres aufgehoben. Aus diesen und auch anderen Gründen entstanden vielfach Differenzen. Überall dort, wo die Arbeiterschaft gut organisiert und die Organisationen einig waren, wurden auch Erfolge erzielt. Bei der Firma Kaminsky wehrten die Arbeiter durch einen fünfjährigen Streik das Zweistufensystem ab und errangen auch sonstige Zugeständnisse. Auch in der sächsischen Oberlausitz, z. B. in Ostrik und Großschönau, wurden durch friedliche Verhandlungen ganz annehmbare Erfolge erzielt. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband leitete in Eiban, Neugersdorf, Ebersbach, Leutersdorf und Niederoberritz eine Lohnbewegung ein. Gefordert wurden 10% Lohnerhöhung. Nur in Neugersdorf war ein kleiner Erfolg zu verzeichnen. Trotzdem haben wir bis heute nichts weiteres von der Bewegung mehr gehört.

Im Vogtland ging es im Berichtsjahre sehr bewegt zu. In der Färbereibranche wurden im Herbst 1911 einige kleine Erfolge erzielt. In neuerer Zeit gab der Webereiverband durch Anschlag bekannt, daß ab 4. Oktober die Löhne für die Artikel, welche im Tarif stehen, um 5-20% erhöht werden sollten. „Freiwillig“ hieß es. Wie dieses „freiwillig“ ausfiel, haben wir in Nr. 29 unseres Verbandsorgans dargestellt. Die Hauptrolle spielte bekanntlich der eigene Geldbeutel der Fabrikanten. Ohne eigennützig zu scheitern, konnten diese nun die Preise für Fertigfabrikate um 5% erhöhen. Tatsache ist auch, daß eine ganze Anzahl von Webartikeln keine Lohnerrhöhung erfahren haben. Besonders schwere Herrenstoffartikel, welche hier durchweg auf zwei Stühlen verwebt werden, wurden hier nicht berücksichtigt. Die Arbeiterschaft steht den „freiwilligen Lohnerrhöhungen“ sehr skeptisch gegenüber. Es wird diesbezüglich voraussichtlich noch öfters zu Differenzen kommen.

Das Versammlungsleben war sehr reger. An vielen Orten ließ aber der Besuch viel zu wünschen übrig. Es fanden auch Lichtbildervorträge sachtechnischer, belehrender und unterhaltender Art statt. Auch konnte der Besuch von Volkshilfs- und Theaterabenden zu billigen Eintrittsgeldern vermittelt werden. Das abgelaufene Jahr war eine Zeit der Arbeit. Wenn auch manche Erwartung unerfüllt blieb, so konnten wir doch hier und da erfreuliche Erfolge verzeichnen. Die Aussichten für die Zukunft sind nicht schlecht. Die Erfolge werden um so besser sein, je mehr Mitarbeit uns in allen Ortsgruppen zuteil wird.

Es fand nunmehr im Anschluß an den Geschäftsbericht eine lebhafte Aussprache statt. Die Delegierten berichteten über die Erfahrungen, welche in den einzelnen Ortsgruppen gemacht wurden.

Hierauf sprach Kollege Besch über die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung und beleuchtete hauptsächlich das Unterstützungsweesen. Er betonte dabei ganz besonders, daß es sehr schwer sei, bei der Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse im großen Verbandsgebiete allen Wünschen gerecht zu werden. Mit dem Blick auf das große Ganze gerichtet, seien alle Funktionäre verpflichtet, die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung in den Ortsgruppen zur Durchführung zu bringen. Kollege Camps ergänzte noch die gemachten Ausführungen und gab dann aus dem reichen Schatze seiner langjährigen Erfahrungen manchen praktischen Wink, wie am erfolgreichsten Agitation betrieben werden kann. Beiden Rednern wurde lebhafter Beifall zuteil. In der Diskussion wurde noch manche wertvolle Anregung gegeben. Jede Ortsgruppe wird aus dem Gehörten etwas Brauchbares für ihre Winterarbeit erhalten haben. Um 6 1/2 Uhr wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Zu der Konferenz am 13. Oktober in Spremberg war Kollege Anton Heutmann aus Düsseldorf als Vertreter des Zentralvorstandes erschienen. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes durch den Bezirksleiter, berichtete Kollege Fassbender über die Beschlüsse der Eibersfelder Verbandsgeneralversammlung. Besonders die Aenderungen bezw. Neuerungen im Unterstützungsweesen, wurden hervorgehoben. Neben führte dabei aus, daß die Beschlüsse größtenteils einstimmig, zum kleinen Teile mit großer Majorität gefaßt worden seien. Unsere Pflicht sei es, auch wenn nicht alle unsere Wünsche erfüllt wurden, die von der höchsten Instanz unseres Verbandes gefaßten Beschlüsse in den Ortsgruppen durchzuführen.

Kollege Heutmann sprach dann über das Thema: „Die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“. Er warnte dabei ganz besonders vor einer Ueberspannung des Unterstützungsweesen. Die gefaßten Beschlüsse der Generalversammlung betr. Stärkung der Zentralkasse böten die Gewähr, daß unsere Zentralkasse in Zukunft gut fundiert sei. Auch die innere Geschlossenheit des Verbandes und die Schulung der Mitglieder sei gewachsen. Von Verbandstag zu Verbandstag könne man die bezügliche Betrachtungen machen. Die Aussichten auch für das äußere Wachsen unseres Verbandes seien gut. Voraussetzung sei aber, daß an allen Orten die Kolleginnen und Kollegen in der Agitation tüchtig mitarbeiten.

Beide Referate wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion kam die Meinung der Delegierten zu dem Gehörten zum Ausdruck.

Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, worin er den Wunsch aussprach, daß die Verhandlungen der Konferenz reiche Früchte tragen möchten, wurde die Konferenz geschlossen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Chemnitz. Immer enger schließt sich das Band der Organisation um unsere junge Ortsgruppe. Das zeigte so recht die letzte Mitgliederversammlung am 4. November. Waren bisher zu den Versammlungen die christlichen Metallarbeiter eingeladen, so zeigte der Besuch unserer Versammlung, daß wir hier in Chemnitz eigene Kraft besitzen. Der Bericht von der Eibersfelder Verbandsgeneralversammlung, den der Kollege Melcher gab, wurde mit lebhaftem Interesse verfolgt. Besonders für die Durchführung des Agitationsbeschlusses zeigten sämtliche Kolleginnen und Kollegen großes Verständnis. Nach einer genügenden Aussprache erstattete Kollege Melcher noch einen ausführlichen Bericht über den achten Gewerkschaftskongreß in Dresden. Er erwähnte ganz besonders das Referat des Kollegen Stegerwald über „die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart“. Durch dieses Referat und durch die Kundgebungen im Anschluß daran haben die christlichen Gewerkschaften gezeigt, daß sie nicht genügt sind, sich ihr Handeln von irgend einer außenstehenden Persönlichkeit vorschreiben zu lassen. Die christlichen Gewerkschaften bleiben was sie sind, sie werden es auch in Zukunft bleiben, trotz aller gegenteiligen Versuche. Lebhafter Beifall bewies, daß der Kollege Melcher verstanden wurde, und daß die junge Ortsgruppe gewillt ist, ihr Teil agitatorische Arbeit mitzuleisten an der Erreichung der halben Million christlicher Gewerkschaftler.

Die Vorstandswahlen, die getätigt werden mußten, ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Johann Maul, Bernhardtstr. 102. Kassierer: Kollegin Krautschneider und Kollegin Müller. Schriftführer: Kollege Müller und Kollegin Scheffler. Nachdem noch die Wahl der Beisitzer und Revisoren getätigt war, wurde beschlossen, im Laufe der nächsten Woche eine Vorstandssitzung abzuhalten in welcher der Agitationsplan festgelegt werden soll. Unter verschiedenen machte Kollegin Krautschneider bekannt, daß in nächster Zeit eine Versammlung der Heimarbeiterrinnen stattfindet, wozu unsere Kolleginnen ganz besonders eingeladen sind. Anfang nächsten Jahres wird ein Lichtbildervortrag gehalten werden, während noch in diesem Jahr, möglichst am 15. November, ein Unterrichtskursus beginnt. Nach Abington eines gemeinschaftlichen Liedes, worin alle Anwesenden kräftig einstimmten, fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Dornbusch. Am 3. November hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, auf der Kollege Klages aus Sächten ein schönes Referat über die Verbandsgeneralversammlung, der er als Delegierter beigewohnt hat, hielt. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen, und sprach den Wunsch aus, daß die Vorstände der Ortsgruppe Sächten wie bisher so auch in Zukunft mit den Vorständen der Ortsgruppe Dornbusch Hand in Hand gehen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Abhaltung eines Agitations- und Familienabends beschlossen. Es wurden die Kollegen Güntes, Mörs, Stals und Feldbergs in die einleitende Kommission gewählt. Ferner wurde beschlossen, auch in diesem Winter eine Hausagitation vorzunehmen. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß auch hier der Besuch der Versammlungen viel zu wünschen übrig läßt. Es wäre mal endlich an der Zeit, daß die Eltern ihre erwachsenen Söhne und Töchter zu den Versammlungen schicken, dann würde dem Vorstände manche Unannehmlichkeit erspart, und die Ortsgruppe Dornbusch würde unter solchen Verhältnissen besser blühen und gedeihen.

Gera. Erfreulicherweise war unsere Mitgliederversammlung am 12. November sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Steingrüber, sprach bei Eröffnung derselben den Wunsch aus, daß es in Zukunft immer so bleiben möge. Nach Erledigung der verschiedensten Eingänge besprach Kollege Barz die vom deutschen Verbands abgebrochene Bewegung der Herrenstoffweber. Als Mitglied der Agitationskommission forderte er alle Anwesenden auf, nunmehr als bisher an der Ausbreitung unseres Verbandes zu arbeiten. Danach gab Kollege Steingrüber über eine Bewegung, die unter der Färbereiarbeiterchaft einer Geraer Firma ausgebrochen war, einen kurzen Ueberblick. Er stellte besonders fest, daß der deutsche Verband durch die vielen abgebrochenen Lohnbewegungen der letzten Zeit, in Gera nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft genießt, was sich besonders an dem Versammlungsbefuch zeigt. Von 300 Betetigten, waren in der beratenden Versammlung kaum 60 Personen anwesend. Daß selbst Mitglieder des deutschen Verbandes die Parole ihrer Führer nicht mehr befolgen, ist auch gerade kein günstiges Zeichen für die Schlagfertigkeit des deutschen Verbandes. Trotz der Aufforderung, die Arbeit

am Versammlungsabend ruhen zu lassen, arbeiteten eine Anzahl Mitglieder des deutschen Verbandes ruhig weiter.

Einen kurzen Bericht von dem achten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden gab der Kollege Melcher. Besonders betonte er die Einigkeit und Geschlossenheit, die sich dort in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gezeigt hat. Hieran werden auch spätere Eingriffe von irgend welchen Seiten nichts ändern können. In den späteren Versammlungen soll über jeden einzelnen Punkt der Dresdener Tagesordnung ein besonderes Referat gehalten werden. Dadurch erwartet der Vorstand eine langsame aber durchgreifende Schulung unserer Mitglieder. Nach Erledigung verschiedener kleinerer Angelegenheiten fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende. Wir kommen wieder! Das waren die Gedanken, unter denen sich die Mitglieder trennten.

Glauchau. Die am 9. November angeordnete außerordentliche Generalversammlung hätte besser besucht sein können. Handelte es sich doch um Beratung von Maßnahmen, die den Mitgliederbestand unserer Ortsgruppe in der kommenden Zeit wesentlich erhöhen sollen. Kollege Melcher gab einen ausführlichen Bericht über die in Eibersfeld stattgefundene Generalversammlung unseres Verbandes. Er erklärte die gefaßten Beschlüsse im Einzelnen, ganz besonders legte er Wert auf die Durchführung des von der Verbandsgeneralversammlung einstimmig angenommenen Agitationsbeschlusses. Nach einer genügenden Aussprache erklärten sich einige Kollegen bereit, die Agitationsarbeiten vorzunehmen und erwarten nun von allen Mitgliedern weitgehendste Unterstützung. Kollege Gehrmann besprach unter verschiedenen unsere Stellung zu dem hiesigen evangelischen Arbeiterverein, daß in letzter Zeit ein besseres geworden ist. Auch gegenüber den anderen nationalen Vereinen wurde unsere Stellung einer besonderen Kritik unterzogen. Allgemein war man der Ansicht, daß in Zukunft wieder eine günstigere Zeit für unsere Organisation anbrechen wird.

Langenberg. Einen Agitationsplan stellte unsere am 11. November abgehaltene Mitgliederversammlung auf. Neben Beschaffung von Adressen Unorganisierter, soll eine systematische Hausagitation auch bei den früheren Mitgliedern vorgenommen werden. An der Unterstützung des Vorstandes seitens aller Kollegen wird es liegen, ob die vorgenommene Agitationsarbeit erfolgreich durchgeführt werden kann.

Marktredwitz. Eine erfreulich rege Beteiligung konnte man in unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche am 9. November im Vereinshaus stattfand, konstatieren. Dies zeigt so recht deutlich, daß wieder frisches Leben und Vorwärtstreben herrscht. Nachdem in der Versammlung Kollege Greger den Rapport vom dritten Quartal bekannt gegeben hatte, erstattete Kollege Frischholz, welcher zur Bezirkskonferenz delegiert war, den Konferenzbericht. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete unstreitig das Referat unseres Bezirksleiters, Kollegen Müller aus Bamberg, der sich das Thema: „Sturmzeichen drohender sozialer Gefahren und Kämpfe“ gewählt hatte. Keinen Moment ließ die allgemeine Aufmerksamkeit und Spannung nach, mit der die Anwesenden den Ausführungen des Referenten folgten. Einige Punkte davon auszuheben oder hervorheben, hieße den Eindruck des Ganzen verwischen. Eine gemüthliche Stimmung entstand, als die neuen Liederbücher hervorgeholt und in Gebrauch genommen wurden. Nach einer Aufforderung des Referenten, in der Agitation nicht zu erlahmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Je mehr man sich im hiesigen Lager des „deutschen“ Verbandes bemüht, den verfahrenen Gewerkschaftstarren wieder flott zu bekommen und in der Wahl der Mittel so wenig mählerisch ist, desto mehr erkennt auch die christlich gesinnte Arbeiterschaft, wo sie hin gehört und wo ihr Platz ist. Es bewahrheitet sich wieder das Dichterswort:

„Es ist ein Teil von jener Kraft,
Die das Böse will und das Gute schafft.“

Münchenerndorf. In unserer am 8. November abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde der Agitationsplan für die Wintermonate festgelegt. Es ist beabsichtigt, neben Beschaffung neuer Adressen, auch die früheren Mitglieder zu bearbeiten. Die Mitglieder mögen die Agitationskommission in ihrer Arbeit nach besten Kräften unterstützen.

Rheindahlen. Die diesjährige Winteragitation wurde am 17. November mit einem Familienfeste eingeleitet. Der Pfämsche Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Vorsitzende, Kollege Schiffer, eröffnete den Festabend. Kollege Sanfen hielt die Begrüßungsansprache. Kollege Heutmann aus Düsseldorf hielt die Fest- und Agitationsrede. In derselben führte er den Nutzen und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Textilarbeiter an, ferner führte er an, daß die christlichen Gewerkschaften ihre bewährten Bahnen weiterverfolgen würden trotz Verhöhnung von gegnerischer Seite und „Sitz Berlin“. Für Unterhaltung hatte die Festkommission vortrefflich gesorgt, sodas in Gesang, Theater und Musikvorträgen das Beste von den mitwirkenden Kollegen und Kolleginnen geboten wurde. Zum Schluß fand eine kleine Verlosung statt. Im Verlaufe des Festes richtete der anwesende hochw. Kaplan Herr Dr. Schmitz einen Appell an die Unorganisierten, den Gewerkschaften beizutreten. Der Vorsitzende, Kollege Schiffer, führte zum Schluß aus, daß die Kollegen besser die Monatsversammlungen besuchen sollten, und nicht bloß dann kommen, wenn Feste gefeiert werden.

Rheine. Mit der Anstellung des neuen Lokalbeamten scheint auch in unsere Ortsgruppe neues gewerkschaftliches Leben einzuziehen zu wollen. Während unsere Mitgliederversammlung am 12. Oktober schon einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen hatte, konnten wir auf unserer letzten Generalversammlung schon den uns zur Verfügung gestellten Saal ganz besetzen und das erfreulichste war, daß auch zum ersten Male wieder Arbeiterinnen anwesend waren. Gewiß ein erfreuliches Merkmal für die Zukunft. Unter geschäftlichen wurde beschlossen, da sich ein größerer Bestand sozialer Schriften angesammelt hatte, eine Verlosung derselben in der nächsten Mitgliederversammlung vorzunehmen. Die Stellungnahme des Lokalbeamten, welche nicht ohne eingehende Beratung mit dem Vorstände und Vertrauensleuten erfolgt war, gegenüber der Ortsgruppe des deutschen Verbandes wurde einstimmig gutgeheißen. Beschlissen wurde fast einstimmig, den Lokalbeitrag zum 1. Dezember zu erheben. Nachdem dann noch auf wichtige Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben hingewiesen worden war, wurde über Gewerkschaftswahl und Gewerkschaftswahl referiert, besonders auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Gewerkschaftswahl hingewiesen. Mit Genugtuung wurde die Befamntmachung aufgenommen, daß der Lokalbeamte zum Bezirksvorsitzenden gewählt sei. Im Schlußworte wurde dann besonders zur systematischen Agitation angefordert und den Eltern aus Herz gelegt, ihre Kinder der Organisation zuzuführen.

Schönau. Am 12. November hielt unsere Ortsgruppe zwei Mitgliederversammlungen ab. Eine für den Betrieb Schönau-Brand.

In beiden Versammlungen hielt uns Bezirksleiter Rümmele einen sehr interessanten Vortrag über den Dresdener Kongress; ihm folgte die Berichterstattung der Delegierten von der Bezirkskonferenz in Basel. Kollege Rümmele besprach dann noch die bevorstehende Winteragitation. Er hob ganz besonders hervor, wie notwendig es sei, daß jeder Kollege auch jede Kollegin sich an der Mitarbeit beteilige. Vor allem sei nötig eine Stärkung der Agitationskommission. Ein Appell an die Mitglieder, dieser beizutreten, hatte Erfolg. Es meldeten sich in beiden Versammlungen eine ganze Anzahl Kollegen und Kolleginnen freiwillig. Mit der Aufforderung zu reger Arbeit wurde die schön verlaufene Versammlung vom Vorstand geschlossen. Mögen in Zukunft aber auch die Versammlungen recht zahlreich und fleißig besucht werden, denn nur dann können wir etwas erreichen, wenn wir treu und fest zusammen halten.

Würfel. Unter dem Eindruck der Erinnerung an die letzte Verbandsgeneralversammlung tagte am 10. November unsere Ortsgruppenversammlung. Der Delegierte, Kollege Schümmer, dankte der Ortspresse für die Berichte über die Verbandsgeneralversammlung und den Mitgliedern für ihr Vertrauen. Er erklärte den Verlauf und die Beratungen der Verbandsgeneralversammlung ausführlich und besprach insbesondere die Änderungen und angenommenen Anträge. Die Ideale der christlichen Gewerkschaften wurden besonders hervorgehoben; dazu auch die Vorträge der Kollegen Seutmann und Fischer besonders nach dem Studium der Kollegenschaft empfohlen und um Beherzigung der Resolution hierzu gebeten. Kollege Weber besprach die einzelnen Arten der Agitation und empfahl, die Branche der Appreteure und Spinner in erster Linie zu berücksichtigen. Die Löhne, Arbeitsbedingungen und auch die Behandlung seien schlecht genug und schon aus Mitleid allein müßten wir die Kollegen zur Einigkeit und Solidarität heranziehen. Von ca. 3500 Mitgliedern in Aachen und Umgegend seien höchstens etwa 300 Appreturarbeiter organisiert. Es könne aber das Verhältnis nicht gebessert werden, wenn nicht die Appreteure der Organisation beitreten würden. Als besonders geeignetes Mittel, die Appreteure zu einigen und zu organisieren, wurde der rege Verkehr der organisierten Weber, besonders der Ausschüsse, Vorstände und Vertrauensleute, mit den Kollegen in der Appretur angegeben. In der nächsten Zeit sollen dann die Ortsgruppen für diese Branche Versammlungen einberufen. Auch im Gebiete unserer Ortsgruppe seien noch viele Appreteure zu gewinnen. Mit einem Aufruf zur gemeinsamen Arbeit und Agitation schloß der Vorsitzende die anregende und belehrende Versammlung.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Bevölkerungsverschiebungen in Deutschland seit 100 Jahren. Eine genaue Statistik über die Bevölkerung haben wir in Deutschland erst seit annähernd 100 Jahren. Seit dieser Zeit hat die Bevölkerung in Deutschland ganz bedeutend zugenommen, es sind aber auch manche Verschiebungen eingetreten; einzelne Staaten und Provinzen zeigen eine weit über den Durchschnitt hinausragende Vermehrung der Bevölkerung, andere Einzelstaaten und Provinzen haben, die Bevölkerungszahl als Maßstab genommen, an Bedeutung verloren. Im Jahre 1816 hatten die Landesteile, die heute das Deutsche Reich umfassen, 24,8 Millionen Bewohner, nach der letzten Volkszählung war die Einwohnerzahl auf 64,9 Millionen gestiegen, die Vermehrung betrug 40,8 Millionen (genauer 40 793 000) oder 164,3 Prozent. Preußen allein hatte seine Bevölkerungszahl erhöht von 13,7 auf 40,2 Millionen, die Vermehrung betrug 26,5 Millionen oder 193 Prozent. Dabei muß erwähnt werden, daß die durch Amerikaner hinzugekommene Bevölkerung nicht in Betracht gezogen ist, weil die Bevölkerung der annektierten Länder bereits der preussischen Bevölkerungszahl von 1816 hinzugerechnet ist. Im übrigen Deutschland hat sich die Bevölkerung vermehrt von 11,1 Millionen auf 24,7 Millionen, um 13,6 Millionen oder um 111,2 Prozent. Im Jahre 1816 wohnte auf dem Gebiet, das das heutige Preußen umfaßt, 55,2 Prozent der Bevölkerung, heute macht die preussische Bevölkerung 61,9 Prozent der Gesamtzahl aus; im Gebiet des übrigen Deutschland wohnten im Jahre 1816 noch 44,8 Prozent der Bewohner, jetzt aber ist der Bevölkerungsanteil in den außerpreussischen Staaten auf 38,1 Prozent gesunken.

Aber auch im Königreich Preußen ist natürlich die Bevölkerungsvermehrung sehr ungleichartig. Seit 1816 differiert in Preußen die Bevölkerungszunahme zwischen 94,6 Prozent in Berlin und 29 Prozent in Hohenzollern. Somit betrug in den preussischen Provinzen die Bevölkerungszunahme: 287 Prozent in Westfalen, 277 Prozent in Brandenburg, 273 Prozent im Rheinland, 198 Prozent in Westpreußen, 169 Prozent in Schlesien, 158 Prozent in Sachsen, 156 Prozent in Posen, 151 Prozent in Pommern, 133 Prozent in Ostpreußen, 132 Prozent in Schleswig-Holstein und in Hessen-Nassau und 83 Prozent in Hannover. Abgesehen von dem kleinen Hohenzollern war also Hannover die Provinz mit der niedrigsten Bevölkerungszunahme.

Von den außerpreussischen Staaten zeigten namentlich Hamburg, Bremen und Sachsen eine starke Bevölkerungszunahme; seit 1816 betrug die Bevölkerungszunahme 559 Prozent in Hamburg, 498 Prozent in Bremen und 311 Prozent in Sachsen. Auch in Lübeck mit 225 Prozent und in Neuchâtel mit 218 Prozent war die Bevölkerungszunahme noch günstig. Seit 1816 betrug die Bevölkerungszunahme in den einzelnen Staaten weiter: 176 Prozent in Anhalt, 155 Prozent in Mecklenburg, 130 Prozent in Sachsen-Meiningen, 128 Prozent in Sachsen-Altenburg und in Hessen, 120 Prozent in Sachsen-Erbzucht-Gotha, 119 Prozent in Braunschweig, 116 Prozent in Sachsen-Weimar, 113 Prozent in Baden, 108 Prozent in Mecklenburg-Schwerin, 107 Prozent in Oldenburg, 100 Prozent in Schwarzburg-Sondershausen, 91 Prozent in Bayern, 86 Prozent in Lippe, 80 Prozent in Schaumburg-Lippe, 72 Prozent in Württemberg, 47 Prozent in Mecklenburg-Strelitz und 46 Prozent in Elbstädten.

Die Hauptzentren des Handels und der Industrie in Deutschland sind die Hansestädte, die preussischen

Provinzen Brandenburg mit Berlin, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinland und das Königreich Sachsen. In diesen Bundesstaaten und Provinzen ist die Bevölkerungszahl seit 1816 gestiegen von 8,8 Millionen auf 31,9 Millionen oder um 273 Prozent, dagegen zeigt sich im übrigen Deutschland nur eine Vermehrung von 16 Millionen auf 32,9 Millionen oder um 106 Prozent. Im Jahre 1816 machte die Bevölkerung der erwähnten industriellen und kommerziellen Einzelstaaten und Provinzen nur 35 Prozent aus, nach der Volkszählung von 1910 wohnten auf dem erwähnten Gebiet bereits 49,2 Prozent der Gesamtbevölkerung und jetzt werden es schon mehr als 50 Prozent sein. Auch in diesen Bevölkerungsverchiebungen kommt die industrielle Konzentration zum Ausdruck.

Versammlungskalender.

- Bocholt.** 1. Dezember, 10 Uhr, im Lokale Langenbergstraße, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Dülken.** 8. Dezember, 8 Uhr, bei Uemeln (Markt), außerordentliche Generalversammlung.
- Guskirchen.** 1. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Müsch (oberer Saal), Generalversammlung.
- Gera.** 8. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Lokale Jägerhof (Schülerstraße 25).
- Giesekirchen.** 8. Dezember, 10 Uhr, im Vereinshaus, Vorstand und Agitationskommission.
- M.-Gladbach-Beich.** 30. November, 1/2 9 Uhr, im Lokale von Selmann (Becherstraße).
- M.-Gladbach-Venn.** 7. Dezember, 1/2 9 Uhr, im Lokale von L. Wefers-Poeth.
- Sinsbeck.** 15. Dezember, 5 1/2 Uhr, im Lokale von Frau Wm. Jentes, öffentliche Arbeiterinnenversammlung.
- Söfen.** 1. Dezember, 5 Uhr, bei Schmiedem, wichtige Versammlung.
- Kaldenkirchen.** 1. Dezember, 5 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung bei Ww. P. Wierich. — 5 Uhr Sitzung der Vorstände der Korporationen im gleichen Lokale.
- Neuwerc.** 1. Dezember, 6 Uhr, bei Kommerzkirchen.
- Odentkirchen.** 8. Dezember, 6 Uhr, im „Deutschen Gd.“
- Odstrup.** 1. Dezember, monatliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Deisnig (Wogland.)** 1. Dezember, 5 Uhr, im Lokale zur „goldnen Sonne“.
- Rheydt.** 8. Dezember, im Lokale Albert Paffen, Odentkirchenerstraße 55.

Befrath. Allgemeiner Konsumverein „Glück auf“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 1. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokale von Johann Kamper, Hoven, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Anträge der Verwaltung; 3. Mitteilungen. Es ladet die Mitglieder nebst ihren wertigen Frauen ergebenst ein der Aufsichtsrat. (1.60 M.) J. M.: Wilh. Clemens, Vorsitzender.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Elisabeth Borkowski in Schiffbek.
- Andreas Höfeler in M.-Gladbach.
- Laurenz Kleo in Aachen.
- Daniel Huppert in Aachen.
- Anton Lommers in Bocholt.
- Friedrich Peters in Forst i. L.
- Adolf Rebig senr. in Krefeld.
- Richard Esser in M.-Gladbach.
- Henriette Spindler in Zell i. W.
- Karl Schäven in M.-Gladbach.
- Gerhard Korsien in Lobberich.
- Mathilde Wanschura in Bremen.
- Johann Schlunken in Breyell.
- Bernhard Vaanhoff in Glanerbrug.
- Johann Lankes in Krefeld.
- Joseph Savelsberg in Vaals.
- Elise Leeborg in Eupen.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestr. 22, zu beziehen. Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textil-industrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unterhaltungsweesen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Elberfelder Generalversammlung zc.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Ratschläge für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes. Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

Das Protokoll der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (22. bis 25. Sept. 1912 zu Elberfeld) erscheint (180 bis 200 Seiten stark) am 20. November c.

Preis 20 Pfg.

Da in der „Textilarbeiter-Zeitung“ nur ein kurzer Auszug über die Verhandlungen veröffentlicht werden konnte, ist der stenographische Bericht von größter Bedeutung. In die Ortsgruppenleitungen richten wir den dringenden Appell, das Protokoll (ebenso auch den Geschäftsbericht) einem möglichst großen Mitgliederkreis zugänglich zu machen.

Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Kavalleriestraße 22.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Das Jahrbuch für 1912 ist (eben erschienen, herausgegeben vom Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kaufmann. Der Preis des zweibändigen Wertes beträgt 10 M. und ist durch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co., in Hamburg l. zu beziehen.

Arbeitertaschenbuch für das Jahr 1913. Herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania-Alt.-Ges., Berlin C 2. — Der mit seinem ersten Kongress 1912 zu Pfingsten machtvoll in die große Öffentlichkeit getretene Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands läßt (eben im Verlage der Germania Alt.-Ges. in Berlin sein Taschenbuch für 1913 erscheinen. Wenn schon die früheren Jahrgänge dieses hervorragend redigierten Buches für Arbeiter und Arbeiterfreunde eifrig so wertvollen Inhalt bargen, daß sie eine kleine sozialpolitische Handbibliothek darstellen, so übertrifft der neue Band sie alle. Er weist nicht nur die Vorzüge der bisherigen Bücher auf, sondern es ist in ihm in großer Umzeichnung dargelegt, welche Richtung der Frankfurter Arbeitervereinstkongress der Arbeit der Vereine gegeben hat, welche standesbildenden Kräfte sie pflegen müssen, welcher Grundgedanke sie leiten muß. Dadurch enthält das Buch gewissermaßen den Charakter eines Lehrbuches und es gehört nicht nur in die Hand eines Arbeitervereinsmitgliedes, sondern auch in die des in der christlichen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterfreundes. Welch erstaunliche Fülle geistiger Arbeit und praktischer Lebensweisheit das Arbeitertaschenbuch enthält, möge nachstehender Auszug des Inhaltsverzeichnisses darlegen. Titel und Vorwort — Kalendarium (auf Schreibpapier). — Erstes Kapitel. Der Frankfurter Arbeiterkongress. 1. Der Grundgedanke des Frankfurter Kongresses. 2. West, Süd und Ost — im ewigen Bund. 3. Wie pflegen wir unsere Arbeitervereine als Standesvereine? 4. Was tun wir für die christlichen Gewerkschaften? 5. Was die Religion unserer Standesbewegung bringt. 6. Zur Ausführung der Kongressbeschlüsse. 7. Die Organisation der Arbeiterinnen. — Zweites Kapitel. Staat und Reich. 1. Die Parteien nach der Reichstagswahl. 2. Die Arbeitervertreter in der Reichsversicherungsordnung. — Drittes Kapitel. Daheim. 1. Die Frau des Arbeiters. 2. Das arbeitende Volk. 3. Daheim. — Viertes Kapitel. Aus unserer Statistik. 1. Aus der Arbeit unseres Kartellverbandes. 2. Die katholischen Gesellenvereine. 3. Zentralverband katholischer Jugendvereinigungen Deutschlands. 4. Von den Arbeiterinnenvereinen. 5. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. — Fünftes Kapitel. Soziales Adressbuch. 1. Die Soziale Auskunftsstelle in M.-Gladbach. 2. Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands: A. Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine. B. Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands. C. Ostdeutscher Verband katholischer Arbeitervereine. 3. Sonstige Arbeitervereine. 4. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. — Anhang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen. — Für und wider die Enzyklika. — Allgemeine Rundschau: Das Protokoll vom 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften. — Die Vergleiche zur Enzyklika über den Gewerkschaftsstreik. — Die Holzarbeiter zur Enzyklika. — Die christlichen Gewerkschaften, eine absolute Notwendigkeit. — Mißbrauch der päpstlichen Enzyklika. — Das Beamtenheer der deutschen Sozialdemokratie. — Bund der Industriellen und Arbeitswilligen. — Die parteipolitische „Neutralität“ der Christ- und Deutschen Gewerkschaften. — Sozialdemokratie und Konsumvereine. — Aus unserer Industrie: Der Außenhandel mit Wollanemeren. — Der Balkankrieg und die sächsisch-thüringische Textilindustrie. — Die deutsche Textilindustrie und der Balkan. — Aus dem Verbandsgebiete: An unsere Vorstände und Vertrauensleute. — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreigleiten: Hannover-Binden. — Jbrenbüren. — Malmerpach (Ob.-Gf.). — Die Aussperrung in der Württembergischen Textilindustrie. — Aus unseren Bezirken: Aus dem badiischen Albale. — IX. Agitationsbeicht Brandenburg Sachsen-Thüringen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Chemnitz. — Dornbusch. — Gera. — Glauchau. — Langenberg. — Martredwitz. — Münchenbernsdorf. — Rheinbach. — Rheine. — Schönau. — Würfel. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Bevölkerungsverchiebungen in Deutschland seit 100 Jahren. — Versammlungskalender. — Anzeige. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.